Rohstoffe und Ressourcen

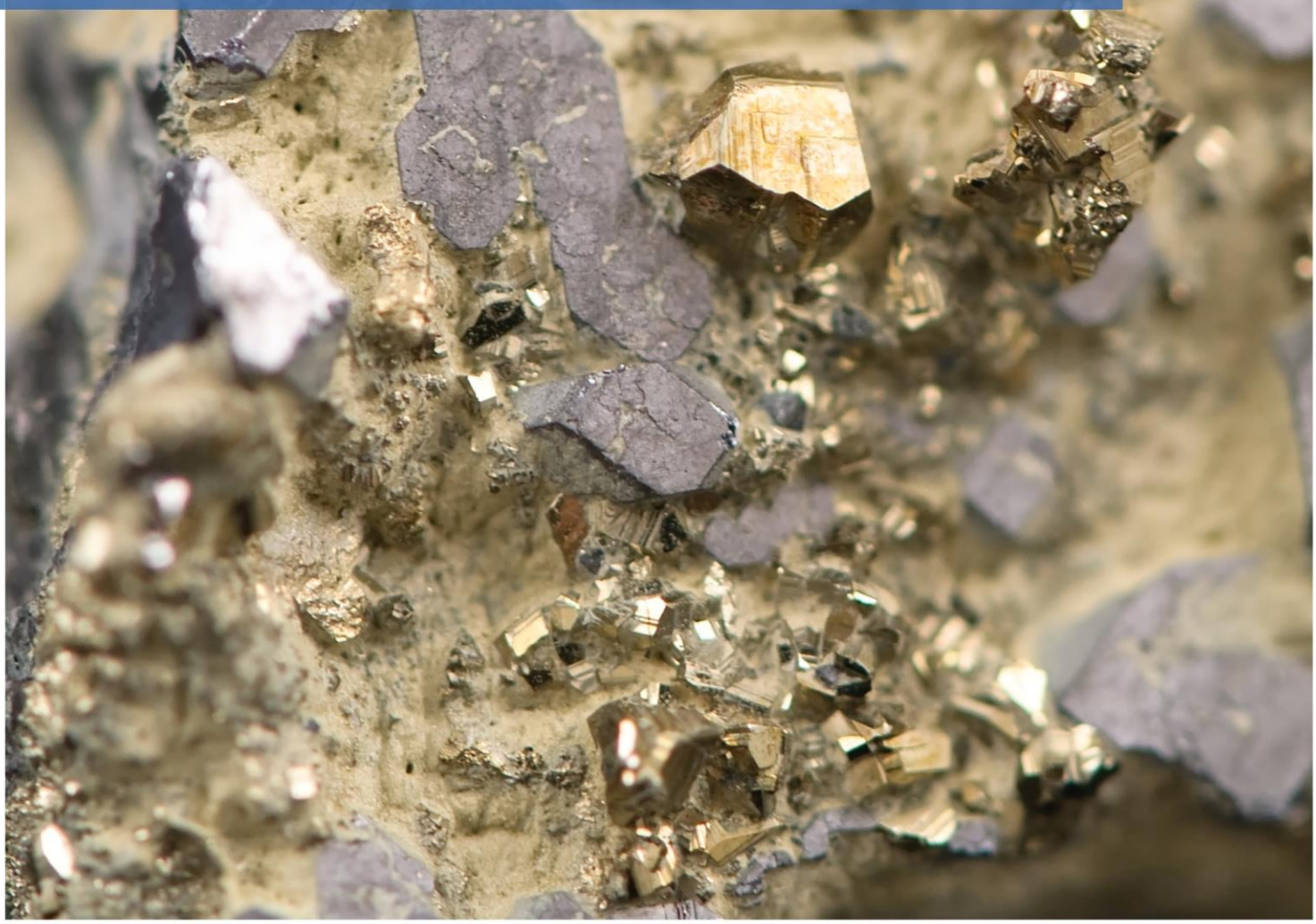
vbw Studie Standort Bayern – Unternehmensperspektiven 2021

vbw

Studie
Stand: November 2021

Eine vbw Studie, erstellt von Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Bayern ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort, im Vergleich zum Vorjahr sind die Bewertungen allerdings leicht zurückgegangen.

Seit 2013 befragt IW Consult im Auftrag der vbw einmal pro Jahr die Unternehmen im Freistaat, wie sie den Standort Bayern einschätzen. Auch die diesjährige Umfrage zeigt, dass Bayern über attraktive Standortbedingungen verfügt. Insbesondere die Loyalität zum Standort Bayern ist nach wie vor sehr hoch.

Allerdings fällt die Bewertung bei den Hauptparametern weniger gut aus als im vergangenen Jahr. Bei der – absolut gesehen immer noch sehr hohen – Standortloyalität gaben 92 Prozent der Unternehmen an, dass sie sich wieder im Freistaat ansiedeln würden. Im vergangenen Jahr waren es noch 95 Prozent. Die durchschnittliche Standortqualität erhält in diesem Jahr einen guten Zustimmungswert von 74,8 von 100 Punkten, im vergangenen Jahr betrug er aber noch 75,5. Vor der Corona-Pandemie war dieser Wert über mehrere Jahre kontinuierlich gestiegen.

Auch die Noten für die fünf einzelnen Themenfelder „Humankapital / Arbeitsumfeld“, „allgemeine Infrastruktur“, „Innovationsumfeld“, „Energie und Rohstoffe“ sowie „staatliches Verwaltungshandeln“ sind insgesamt eher zurückgegangen: Kein einziges Themenfeld konnte sich gegenüber dem letzten Jahr verbessern, die Bereiche „Energie und Rohstoffe“ und „staatliches Verwaltungshandeln“ wurden sogar (deutlich) schlechter bewertet.

Ob diese Entwicklung vor allem der Corona-Pandemie geschuldet ist – oder ob sie gar einen längerfristigen Trend beschreibt – wird man verlässlich erst nach den kommenden Umfragen beantworten können.

Bei der diesjährigen Befragung wurden die Unternehmen gebeten, das aus ihrer Sicht größte Standorthemmnis Bayerns zu benennen. Mit Abstand die meisten Nennungen erhielt der Themenkomplex Bürokratie / Verwaltungshandeln. An zweiter Stelle folgt der Fachkräftemangel und an dritter Stelle die Breitbandinfrastruktur.

Aus Sicht der vbw ergibt sich daraus der klare Auftrag an die Politik, in diesen Feldern Verbesserungen zu erreichen. Weitere Maßnahmenschwerpunkte sind gemäß dieser Umfrage die Sicherstellung einer modernen, flächendeckenden, allgemeinen Infrastruktur (nicht nur Breitband) sowie wettbewerbsfähige Energiepreise.

Bertram Brossardt
23. November 2021

Inhalt

1 Ergebnisse 1

1.1 Zentrale Ergebnisse 1

1.2 Handlungsableitungen 5

2 Standortqualität und Verbesserungswünsche 7

2.1 Zielsetzung und Vorgehensweise der Befragung 8

2.2 Humankapital und Arbeitsumfeld 9

2.3 Allgemeine Infrastruktur 12

2.4 Innovationsumfeld 15

2.5 Energie und Rohstoffe 18

2.6 Verwaltungshandeln 21

3 Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken 23

3.1 Besonderheiten der Regierungsbezirke 25

3.2 Oberbayern 27
3.2.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 27
3.2.2 Abweichungen zum Vorjahr 28
3.2.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert 30

3.3 Niederbayern 31
3.3.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 31
3.3.2 Abweichungen zum Vorjahr 33
3.3.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 33

3.4 Oberpfalz 34
3.4.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 34
3.4.2 Abweichungen zum Vorjahr 36
3.4.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 36

3.5 Oberfranken 37
3.5.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 37
3.5.2 Abweichungen zum Vorjahr 39
3.5.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 40

3.6 Mittelfranken 40

3.6.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 41
3.6.2 Abweichungen zum Vorjahr 42
3.6.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 43

3.7 Unterfranken 44
3.7.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 44
3.7.2 Abweichungen zum Vorjahr 46
3.7.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 47

3.8 Schwaben 48
3.8.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität 48
3.8.2 Abweichungen zum Vorjahr 50
3.8.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert 51

4 Das größte Standorthemmnis in Bayern 52

5 Längsschnittanalyse 55

5.1 Zusammenhang zwischen der Standortqualität und der Bewertung der Standortfaktoren 56

5.2 Anforderungen des internationalen Wettbewerbs 62
5.2.1 Zusammenhang zwischen der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs und der Bewertung der Standortfaktoren 64
5.2.2 Zusammenhang zwischen der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs und den Verbesserungsvorschlägen für die Standortfaktoren 66

6 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie 69

Abbildungsverzeichnis 72
Tabellenverzeichnis 73
Anhang A 74
Anhang A1 Längsschnittanalyse 81
Anhang A2 Methodenbeschreibung Regressionsanalyse 85
Ansprechpartner / Impressum 86

1 Ergebnisse

Standortloyalität und Standortqualität im Vergleich zum Vorjahr gesunken

1.1 Zentrale Ergebnisse

Bayern verfügt über eine hohe Standortloyalität: 92 Prozent der Unternehmen würden sich wieder im Freistaat ansiedeln. Das ist ein hoher Wert, der die Stärke Bayerns als Wirtschaftsstandort bestätigt, auch wenn er etwas niedriger ausfällt als im Vorjahr (95,0 Prozent).

Bei der Bewertung der Standortqualität schlagen sich die Pandemie-Auswirkungen in leicht gesunkenen Bewertungen nieder (vgl. Kapitel 2). So werden insbesondere Maßnahmen, die eine Verbesserung der Standortfaktoren in den Bereichen der allgemeinen Infrastruktur sowie Energie und Rohstoffe zum Ziel haben, von den bayerischen Unternehmen als zunehmend dringlich eingestuft.

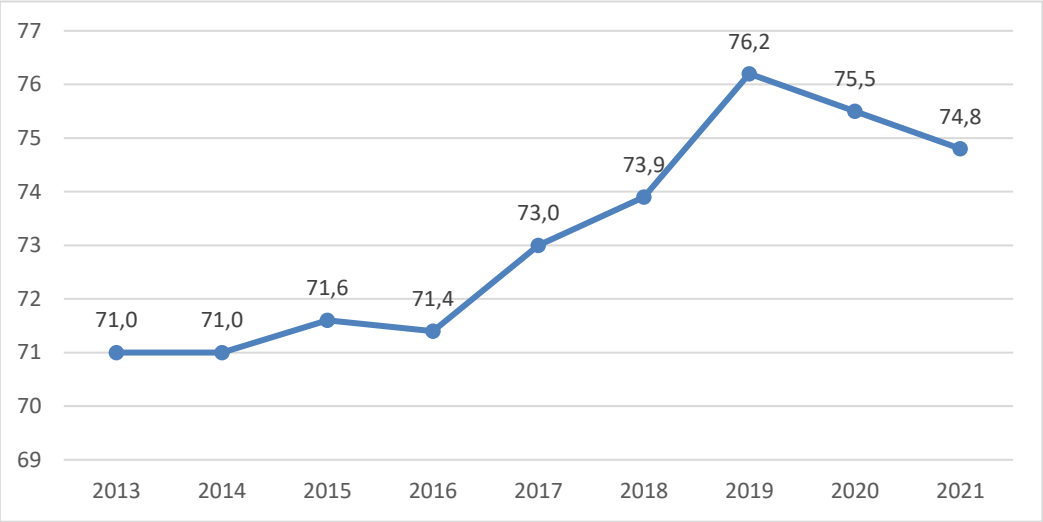
Dabei führen Strukturunterschiede zwischen den Regierungsbezirken zu regionalen Besonderheiten in der Bewertung der Standortfaktoren (vgl. Kapitel 3). Als größte Standorthemmnisse angesehen werden die zu aufwändige Bürokratie, der empfindliche Fachkräftemangel sowie die insbesondere in den ländlichen Räumen noch weiter ausbaufähige Breitbandinfrastruktur (vgl. Kapitel 4).

Der Vergleich der Umfrageergebnisse über die letzten neun Jahre zeigt zunächst, dass die, von den Unternehmen bewertete, Standortqualität im Zeitverlauf deutlich zugenommen hat (vgl. Kapitel 5). Hier sind zwei Auffälligkeiten zu konstatieren: Erstens ist die Standortqualität seit zwei Jahren leicht rückläufig (s. Abbildung 1). Inwieweit dies auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen ist, werden die kommenden Erhebungen zeigen. Zweitens wird der Anstieg der bewerteten Standortqualität im gesamten Zeitverlauf begleitet von einem gleichzeitigen Rückgang der Bewertungen für die einzelnen Standortfaktoren: Die aktuell erhobenen durchschnittlichen Werte für die fünf zentralen Themenbereiche liegen jeweils unterhalb des vor neun Jahren ermittelten Wertes (s. Abbildung 2). Im Konkreten wird also schlechter bewertet als im Allgemeinen. In den allgemeinen Wert der Standortqualität fließen offensichtlich auch nicht direkt zuzuordnende positive Einschätzungen mit ein, die eher der allgemeinen Standortqualität als den konkreten fünf Themenbereichen zugeschrieben werden (z.B. abstrakte Werturteile oder Abstrahleffekte bundesweit gültiger Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit oder Schutz individuellen Eigentums). Untermauert wird die sich stetig verschlechternde Bewertung der einzelnen Standortfaktoren durch immer höhere Zustimmungswerte für die erhobenen Verbesserungspotenziale.

Abbildung 1

Bewertung der Standortqualität im Zeitverlauf

Durchschnittsbewertungen von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch)



Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich kein Themenbereich verbessert. Gleich geblieben sind die Bewertungen der Bereiche „Humankapital und Arbeitsumfeld“, „allgemeine Infrastruktur“ und „Innovationsumfeld“. Hingegen hat sich die Bewertungen des Bereichs „Verwaltungshandeln“ leicht, die Bewertungen des Bereiches „Energie und Rohstoffe“ sogar deutlich verschlechtert.

Über einen längeren Zeitraum betrachtet zeigt sich, dass vor allem die Bereiche „Humankapital und Arbeitsumfeld“, „allgemeine Infrastruktur“ sowie insbesondere „Energie und Rohstoffe“ inzwischen deutlich kritischer bewertet werden als noch zu Beginn der Befragung im Jahr 2013.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss allerdings berücksichtigt werden, dass die abgefragten Aspekte und Standortfaktoren in den einzelnen Themenfeldern je nach Befragungsjahr unterschiedlich sein können, da je nach aktueller Relevanz neue Aspekte hinzugekommen oder bestehende Aspekte entfallen sind. Zudem sind die Ergebnisse der Befragungen der letzten zwei Jahre von den noch sehr präsenten Eindrücken der Corona-Pandemie beeinflusst.

Abbildung 2

Bewertung der untersuchten Themenbereiche im Zeitablauf

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Humankapital und Arbeitsumfeld	2,9	3,1	3,3	3,2	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5
Allgemeine Infrastruktur	2,4	2,8	2,7	2,7	2,7	2,8	3,0	2,9	2,9
Innovationsumfeld	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,6	2,7	2,7
Energie und Rohstoffe	2,2	2,7	2,6	2,4	2,5	2,6	2,7	2,5	3,2
Verwaltungshandeln	3,3	3,4	3,5	3,4	3,5	3,5	3,4	3,5	3,7

Bewertung in Schulnoten.

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

Die besten Noten vergeben die Unternehmen aktuell für die folgenden einzelnen Standortfaktoren:

- Sichere Stromversorgung (Note 2,1)
- Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,5)
- Qualität der Bildungsinfrastruktur (Note 2,5)
- Zugang zu Technologien (Note 2,6)

Besonders kritisch bewerten die Unternehmen dagegen:

- Bürokratischer Aufwand (Note 4,0)
- Höhe der Rohstoffpreise (Note 4,0)
- Höhe der Strompreise (Note 3,9)
- Verfügbarkeit von Fachkräften (Note 3,9)
- Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen (Note 3,7)

Nach einzelnen Verbesserungsmaßnahmen gefragt, herrscht aus Sicht der Unternehmen vor allem Handlungsbedarf im Bereich der allgemeinen Infrastruktur. Nach den Ergebnissen der aktuellen Umfrage sollte die Politik vor allem Maßnahmen in diesen Bereichen stärker in den Blickpunkt nehmen:

1. Breitbandinitiative fortführen (93,9 Prozent Zustimmung)
2. Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (90,5 Prozent)
3. Sicherstellung wohnortnaher Kitas (89,1 Prozent)
4. Antragsverfahren erleichtern (88,6 Prozent)

Der direkte Vergleich der Ergebnisse aus dem Jahr 2021 mit denen aus 2020 macht deutlich, dass die Anforderungen der Unternehmen dabei relativ konstant geblieben sind. Es gab grundsätzlich keine großen Verschiebungen. Bei einigen Maßnahmen hat sich der Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr jedoch erhöht. Das gilt insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Infrastruktur sowie zur Energie- und Stromversorgung. Bei den folgenden fünf Maßnahmen hat sich der Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr am deutlichsten erhöht:

1. Sicherstellung eines attraktiven Angebots soziokultureller Einrichtungen (66,6 Prozent gegenüber 58,2 Prozent im Vorjahr)
2. Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten, also Netzausbau (81,4 Prozent gegenüber 73,7 Prozent im Vorjahr)
3. Beibehaltung konventioneller Kraftwerke (45,8 Prozent gegenüber 41,1 Prozent im Vorjahr)
4. Administrative Einheiten stärker vernetzen (83,2 Prozent gegenüber 79,3 Prozent im Vorjahr)
5. Investitionen in die Infrastruktur für den Schienenverkehr (69,4 Prozent gegenüber 65,6 Prozent im Vorjahr)

Die Corona-Pandemie hat immer noch erhebliche Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft (vgl. Kapitel 6). Die Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass die Lieferketten wieder verstärkt regional ausgerichtet sein werden (sog. Reshoring). Parallel streben die Unternehmen an, die Anzahl der Zulieferer zu erhöhen und auch damit das Ausfallrisiko zu reduzieren. Neben diesen Anpassungen der Lieferkettenstrukturen werden sich moderne, flexible und hybride Arbeitsmodelle weiter durchsetzen. Allerdings differieren diese pandemiebedingten Auswirkungen hinsichtlich der Unternehmensgröße sowie des Vorbereitungsgrades. So scheinen vorrangig größere Unternehmen der Resilienz und Stabilität ihrer internationalen Wertschöpfungs- und Zuliefererverflechtungen zu vertrauen. KMU hingegen setzen deutlich mehr auf Kontrollierbarkeit der Zulieferer- und Wertschöpfungsbedingungen, indem sie Lieferketten verstärkt regional fokussieren und Wertschöpfungstiefen erhöhen. Zudem sind große und gerüstete Unternehmen deutlich eher gewillt, die sich durch New Work-Arbeitsmodelle ergebenden Chancen zu nutzen. Dies wird künftig zu weiter hohen Anforderungen an die infrastrukturellen Rahmenbedingungen führen.

Die den Ergebnissen zugrunde liegende Unternehmensbefragung fand im Juli bis August 2021 statt. 719 bayerische Unternehmen aus den sieben Regierungsbezirken gaben über ihre wirtschaftlichen Perspektiven im Freistaat Auskunft. Die Unternehmen wurden im Hinblick auf ihre Zufriedenheit zu insgesamt über 60 einzelnen Standortfaktoren befragt, die sich in insgesamt fünf Themenbereiche bündeln lassen (siehe Anhang).

1.2 Handlungsableitungen

Aus den Ergebnissen der Unternehmensbefragung lässt sich ableiten, dass die ansässigen Unternehmen mit den Rahmenbedingungen am Standort Bayern grundsätzlich zufrieden sind, in einigen Themenfeldern allerdings auch Verbesserungsbedürfnisse sehen:

- **Sicherstellung einer zukunftsfähigen Infrastruktur in der Fläche**:
  Im Rahmen der Befragung ist immer wieder deutlich hervorgehoben worden, dass eine flächendeckende, moderne und effiziente Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Leistungsfähigkeit des Standortes darstellt. Sie ermöglicht die Realisierung moderner Arbeitsmodelle, unterstützt die intensive Kooperation und Vernetzung zwischen Unternehmen und damit nicht zuletzt ein (als Nachwirkung der Pandemie zu verstehendes) partielles Reshoring. Zu einer modernen Infrastruktur gehören dabei mehrere Elemente. Von besonderer Relevanz für die Unternehmen ist zum einen die Kommunikationsinfrastruktur. Hochleistungsfähige und breitflächige Kommunikationsnetze tragen zur Umsetzung moderner Arbeitsformen (z.B. Home-office, Fernerbringung von Services) bei und sind zugleich grundlegende Voraussetzung für innovative Geschäftsmodelle (z.B. Industrie 4.0). Der flächendeckende Ausbau von 4G- und 5G-Mobilfunkverbindungen als auch von Glasfasernetzen insbesondere in ländlichen Räumen muss daher weiter forciert werden. Zu einer modernen Infrastruktur gehört darüber hinaus aber auch eine an modernen Erfordernissen ausgerichtete zuverlässige und belastbare Verkehrs-, Straßen- und Schieneninfrastruktur, ohne die Mobilität und effiziente Logistik nicht möglich sind.

- **Bürokratieabbau im Arbeitsumfeld und Verschlankung der öffentlichen Verwaltung**:
  Überflüssige Bürokratie schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen und gefährdet damit auch zukünftiges Wachstum. Insbesondere nach dem sich langsam abzeichnenden Ende der Pandemie wird es wichtig sein, die sich erholende Wirtschaft nicht über Gebühr zu belasten. Konzepte für E-Government und E-Administration werden nur dann nachhaltig wirken, wenn die technologische Umsetzung von einer administrativen Entschlackung der öffentlichen Verwaltung begleitet wird. Dazu zählt nicht nur die weitere Optimierung der öffentlichen Verwaltungsprozesse, sondern auch die Etablierung des „One-Stop-Shop“-Prinzips (also ein zentraler Ansprechpartner in der Verwaltung, den Unternehmen zu sämtlichen Verwaltungsangelegenheiten ansprechen können). Daher sollten Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden, die sowohl die bestehenden hohen bürokratischen Belastungen im Arbeitsumfeld als auch im Hinblick auf die öffentliche Verwaltung angehen.

- **Wettbewerbsfähigkeitssichernde Energiepolitik**:
  Neben einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und zuverlässigen Verkehrssystemen sind die Unternehmen auch auf eine preiswerte und stabile Energieversorgung angewiesen. Zwar bewerten die Unternehmen die Energieversorgung in Bayern überdurchschnittlich gut. Gleichwohl besteht aber eine deutliche Kritik an den hohen Stromkosten. Gerade im internationalen Vergleich leiden deutsche Unternehmen unter vergleichsweise hohen Energiekosten, die die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit mindern. Daher sollte bezüglich der regulierten Komponenten bei den Strompreisen

geprüft werden, welche Senkungspotenziale bestehen. Ein weiterer wesentlicher Treiber der hohen Kosten ist die Energiewende mit der verstärkten Umstellung auf erneuerbare Energien. In diesem Zusammenhang gilt es daher ebenfalls die Rahmenbedingungen anzupassen, um die Kosten der Energiewende für die Unternehmen zu senken. Zur Gewährleistung einer stabilen und sicheren Stromversorgung sollte außerdem der Bereich der Stromspeicherung stärker in den Fokus genommen werden.

- **Bekämpfung des Fachkräftemangels durch Ausbau von Unterstützungsleistungen**:
  Es ist absehbar, dass sich die bestehenden Fachkräfteengpässe in Bayern künftig noch verschärfen werden. Daher sollte auf politischer Seite alles dafür getan werden, um den Bedarf an Fachkräften bestmöglich in Zukunft decken zu können. Die Unternehmen sehen dabei insbesondere Potenziale bei der Ausbildung von Jugendlichen und würden sich dahingehend von der Politik eine bessere Unterstützung wünschen. Gleichwohl sollten aber auch die vorhandenen Potenziale bei älteren Fachkräften stärker genutzt werden. Ein verstärkter Ausbau der beruflichen Weiterbildung kann ebenfalls helfen, die bestehende Fachkräftelücke zu schließen.

- **Förderung der Innovationskraft von Unternehmen**:
  Der Fokus der bayerischen Wirtschaft muss weiter verstärkt auf Forschung, Innovation und Technologien gerichtet sein und durch attraktive, unterstützende Rahmenbedingungen gefördert werden. Besonders bedeutsam ist dabei aus Sicht der Unternehmen eine Erleichterung der Antragsverfahren, um die Unternehmen bei ihren Innovationsaktivitäten zu unterstützen. Insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen würden davon profitieren. Zudem sollte die anwendungsorientierte, interdisziplinäre und überregionale Zusammenarbeit mit der Wissenschaft sowie mit Start-ups erleichtert werden. Da Innovationsprozesse immer komplexer werden und neben Produktinnovationen zunehmend auch Geschäftsmodell und Systeminnovationen zum Inhalt haben, sollten die Unternehmen außerdem für die Bedeutung und Potenziale der wertschöpfungsübergreifenden Zusammenarbeit sensibilisiert und zur Etablierung von Unternehmens-Netzwerken motiviert werden.

- **Erhöhung der allgemeinen Lebensqualität von Regionen**:
  Neben „harten“ Standortfaktoren wie der digitalen oder der Verkehrsinfrastruktur gewinnen auch „weiche“ Standortfaktoren zunehmend an Bedeutung. Aus Sicht der Unternehmen sollten hier insbesondere Maßnahmen im Fokus stehen, welche auf einen Ausbau wichtiger Infrastrukturen abzielen. Dazu gehören eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sowie die Einrichtung mit wohnortnahen Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen. Auch die Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum erhöht die Standortattraktivität.

2 Standortqualität und Verbesserungswünsche

Die Unternehmen bewerten die Standortqualität in Bayern weiterhin hoch. Allerdings schlagen sich die Pandemie-Auswirkungen in leicht sinkenden Werten nieder.

Insgesamt bewerten die befragten Unternehmen die Standortqualität in Bayern auch in diesem Jahr wieder hoch. 92 Prozent der Unternehmen würden sich erneut in Bayern ansiedeln. Allerdings sinkt die Zustimmung leicht, sie liegt um 3 Prozent niedriger als im Vorjahr. Das insgesamt hohe Maß an Zustimmung zum bayerischen Standort zeigt sich über alle Regierungsbezirke.

Jedoch haben durchweg alle Bezirke leicht an Zustimmung verloren. Die einzige Ausnahme bildet Mittelfranken, hier hat sich die Standortloyalität der Unternehmen im letzten Jahr leicht erhöht (von 94,1 Prozent im Vorjahr auf 96,2 Prozent in diesem Jahr). Dies ist insofern bemerkenswert, da hier im Vorjahr noch ein Rückgang auf den niedrigsten Wert seit 2013 zu verzeichnen war. Leicht zurückgegangen ist die Standortloyalität in den Bezirken Niederbayern, Oberbayern, Unterfranken und Oberpfalz. Insbesondere die Oberpfalz büßt damit den Spitzenplatz aus dem Vorjahr ein. Vergleichsweise stark gesunken ist die Einschätzung der Standortloyalität hingegen in den Bezirken Oberfranken und Schwaben. Lag der Vorjahreswert für Oberfranken noch bei 94,1 Prozent, so sank er 2021 auf 84,6 Prozent. In Schwaben sank der Wert von 94,1 Prozent auf 88,5 Prozent. Damit markieren beide Werte deutlich den jeweils niedrigsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2013.

Tabelle 1
Allgemeine Bewertung der Standortloyalität in Bayern nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Oberpfalz	97,5	97,2	93,0	97,1	97,8	97,2	93,9	97,5	94,9
Niederbayern	96,5	96,5	94,3	96,5	96,4	92,9	91,3	95,8	94,8
Oberbayern	98,5	94,4	94,3	95,0	96,3	95,7	96,9	94,9	93,0
Unterfranken	95,9	90,9	92,3	94,2	90,8	91,8	92,4	94,2	92,0
Oberfranken	94,4	93,7	96,5	95,0	94,6	93,0	95,0	94,1	84,6
Mittelfranken	96,4	97,2	97,9	97,8	96,0	99,3	97,0	94,1	96,2
Schwaben	98,0	95,8	93,7	95,7	97,6	99,2	93,1	94,1	88,5
Bayern	**96,8**	**95,1**	**94,6**	**95,9**	**95,6**	**95,6**	**94,2**	**95,0**	**92,0**

Angaben in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

Die Loyalität der Unternehmen gegenüber ihrem Standort wird maßgeblich von der Attraktivität der Standortbedingungen beeinflusst. Verfügt eine Region über dementsprechend attraktive Voraussetzungen, dann sind nicht nur entscheidende Grundlagen für Wohlstand und Zukunftsfähigkeit gegeben. Vielmehr werden durch attraktive Standortbedingungen auch wichtige Weichenstellungen für den Erfolg der wirtschaftlichen Tätigkeiten von regional ansässigen Unternehmen gelegt. Der Schwerpunkt der folgenden Untersuchungen richtet sich daher auf verschiedene Standortfaktoren in Bayern sowie deren Beurteilung aus Sicht der Unternehmen. Auf Grundlage dieser Untersuchungen lassen sich wichtige Handlungsfelder zu den einzelnen Bereichen ableiten. Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse dienen daher als wichtiger Input für die wirtschaftspolitische Arbeit in Bayern, da sie Ansatzpunkte zur Verbesserung der Standortbedingungen sowie zielgerichteten Kommunikation aussichtsreicher Maßnahmen hervorheben und auf diese Weise zur möglichen Stärkung der Standortloyalität beitragen.

2.1 Zielsetzung und Vorgehensweise der Befragung

Neben der Bestimmung der Standortloyalität verfolgt die Befragung damit das Ziel, wichtige Handlungsprioritäten aus Sicht der bayerischen Unternehmen für die Landes- und Kommunalpolitik der kommenden Jahre in Bayern zu bestimmen.

Die Analyse erfolgt dabei in zwei Schritten:

1. Zunächst bewerten die Unternehmen die Güte der Standortfaktoren anhand eines Schulnotensystems von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend).
2. In einem zweiten Schritt bewerten die Unternehmen Verbesserungsmaßnahmen bei einzelnen Standortfaktoren. Die Auswahl der Maßnahmen fokussiert auf wichtige Gestaltungsbereiche, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Bayern direkt betreffen. Ihre Zustimmung zu einzelnen Maßnahmen wird auf einer sechsstufigen Skala („stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“) kategorisiert. Die hier berichteten Prozentangaben (sog. Zustimmungsquoten) beziehen sich jeweils auf den Anteil der beiden höchsten Antwortkategorien. Eine höhere Zustimmung im Zeitablauf kann als höherer Handlungsbedarf interpretiert werden und umgekehrt. Dabei werden in der Regel Abweichungen zwischen Ergebnissen zum Vorjahr von mehr als 5 Prozentpunkten bzw. 0,3 Schulnoten als nennenswert betrachtet.

Folgende fünf Themenfelder stehen im Blickpunkt:

– Humankapital und Arbeitsumfeld
– allgemeine Infrastruktur
– Innovationsumfeld
– Energie und Rohstoffe
– Verwaltungshandeln

Innerhalb der fünf Themenfelder wurden über 60 Einzelaspekte abgefragt. Der Großteil der abgefragten Aspekte ist im Zeitverlauf der letzten Jahre gleichgeblieben.

2.2 Humankapital und Arbeitsumfeld

Wie im Vorjahr fallen die Bewertungen im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld nur mittelmäßig aus und setzen damit den Trend der Vorjahre fort. Im Schnitt bewerten die befragten Unternehmen diesen Bereich mit der Schulnote 3,5 (siehe Tabelle 2, Güte). Dabei sticht die Qualität der Bildungsinfrastruktur hervor, die mit Abstand am besten bewertet wird (Schulnote 2,5). Dagegen fällt insbesondere der bürokratische Aufwand (Schulnote 4,0) deutlich ab. Der bürokratische Aufwand stellt damit über alle fünf Themenbereiche hinweg den am schlechtesten bewerteten Standortfaktor der gesamten Befragung dar. Insgesamt unterscheiden sich die Bewertungen der Unternehmen im Bereich Humankapital nur unwesentlich im Vergleich zur Vorjahresbefragung - lediglich in den Bereichen Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte und Verfügbarkeit von Fachkräften sind moderate Verschlechterungen von 3,6 auf 3,7 bzw. von 3,8 auf 3,9 zu beobachten.

Diese Einschätzungen hinsichtlich der Güte der Standortfaktoren spiegelt sich auch in der Priorisierung der möglichen Verbesserungsmaßnahmen für den Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld wider (siehe Tabelle 2, Verbesserungswünsche). Wie im Vorjahr stehen die Nachwuchskräfte im Mittelpunkt der Verbesserungswünsche. So erwarten die befragten Unternehmen von der Politik vor allem einen Beitrag zur Unterstützung bei der Ausbildung

von Jugendlichen (78,3 Prozent, leicht gesunken gegenüber dem Vorjahreswert von 79,2 Prozent). Daneben wird allerdings zugleich auch gefordert, die Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren zu erleichtern (72,0 Prozent, leicht gestiegen gegenüber dem Vorjahreswert von 71,1 Prozent).

Fachkräfte sichern grundsätzlich die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Insbesondere in Bayern als prosperierender Wirtschaftsregion wird jedoch ein sich abzeichnender Mangel an Fachkräften (und hier vor allem in den MINT-Berufen) als potenzielles Entwicklungshemmnis gesehen.[1] Verstärkende Effekte aufgrund des demografischen Wandels kommen hier hinzu. Aktives Gegensteuern zur künftigen Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an Fachkräften bleibt daher aus Sicht der Unternehmen eine dringende Forderung an die Politik.

Passend dazu besteht aus Unternehmensperspektive zudem Unterstützungsbedarf beim Ausbau der beruflichen Weiterbildung. Zwar ist der Wert gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (70,6 Prozent gegenüber 72,3 Prozent im Vorjahr), jedoch nimmt er im Vergleich zu den anderen Verbesserungswünschen (auf Item-Ebene) immer noch die dritthöchste Bedeutung ein.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Hier hoffen 67,8 Prozent der Befragten auf deutliche Verbesserungen, allerdings ist dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr gesunken (im Jahr 2020 betrug der Wert noch 72,8 Prozent). Der Handlungsbedarf in diesem Bereich lässt sich insbesondere an der Forderung festmachen, die Regelungen zum Arbeitsrecht und -schutz zu entbürokratisieren.

Ebenfalls 67,8 Prozent der befragten Unternehmen geben an, Unterstützungsbedarf zur Senkung der Arbeitskosten zu haben.

66,8 Prozent führen Verbesserungswünsche im Bereich der Reduzierung des bürokratischen Aufwandes beim Mindestlohngesetz ins Feld. Dies ist ein im Vergleich zum Vorjahr (64,9 Prozent im Jahr 2020) leicht gestiegener Wert.

Mehr Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IT-Kompetenzen wünschen sich 55,0 Prozent der befragten Unternehmen. Zwar ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahr (54,1 Prozent) leicht gestiegen, er liegt aber immer noch deutlich unter dem Niveau der Jahre 2016 bis 2019 vor der Corona-Pandemie (der Höchstwert betrug 73,2 Prozent im Jahr 2018). Hier sehen offenbar die Unternehmen in Bayern derzeit eher geringeren Handlungsbedarf. Dies steht möglicherweise auch mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Auswirkungen (z.B. in den Bereichen Projektmanagement, Fernzugriff auf Daten, Durchführung virtueller Meetings) in Zusammenhang. Da Mitarbeiter in Zeiten des Lockdowns vermehrt gezwungen waren, auf Informations- und Kommunikationstechnologien zurückzugreifen, fand hier eine Art Schnelllerneffekt statt. Die Mitarbeiter mussten sich zwangsläufig damit auseinandersetzen, sich Wissen über den Umgang mit entsprechenden Technologien anzueignen. Auf diese Weise sind die berufsorientierten

[1] Vgl. BMWi Dossier Fachkräftesicherung

IT-Kompetenzen offenbar in vergleichsweiser kurzer Zeit auf breiter Front deutlich gestiegen. Die Unternehmen sehen derzeit somit gar nicht mehr so dringende Unterstützungsbedürfnisse in diesem Bereich.

49,2 Prozent der befragten Unternehmen führen Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland auf. Hier bewegt sich die Zustimmungsquote auf sehr ähnlichem Niveau wie in der Vorjahresbefragung (47,6 Prozent im Jahr 2020).

Tabelle 2

Bewertung Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld

Güte[1)]	**'13**	**'14**	**'15**	**'16**	**'17**	**'18**	**'19**	**'20**	**'21**
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte	3,3	3,2	3,5	3,4	3,6	3,7	4,0	3,6	3,7
Verfügbarkeit von Fachkräften	3,5	3,4	3,6	3,5	3,8	3,9	3,9	3,8	3,9
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern	3,2	3,1	3,1	3,0	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2
Qualität der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5
Arbeitskosten	–	3,0	3,1	3,1	3,1	3,2	3,3	3,3	3,3
Flexibilität des Arbeitsrechts	–	3,5	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6	3,6	3,6
Bürokratischer Aufwand	–	–	3,9	3,8	3,8	4,0	4,1	4,0	4,0
Gesamtbewertung der Güte Bereich Humankapital/ Arbeitsumfeld	**2,9**	**3,1**	**3,3**	**3,2**	**3,3**	**3,4**	**3,5**	**3,5**	**3,5**

Verbesserungswünsche[2)]	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern	74,3	78,6	78,3	77,2	74,6	75,6	78,2	79,2	78,3
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen	71,6	72,8	68,0	67,2	64,6	68,2	73,5	72,3	70,6
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern	51,2	52,1	58,7	55,8	49,1	52,7	43,6	47,6	49,2
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern	–	–	–	71,2	62,3	66,4	67,2	71,1	72,0
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	–	66,6	70,9	71,8	66,2	69,7	70,6	72,8	67,8
Flexibilität des Arbeitszeitrechts erhöhen	–	–	–	–	–	–	–	67,3	63,5
Sachgrundlose Befristungen erleichtern	–	–	–	–	–	–	–	48,9	43,1
Arbeitsrecht und -schutz entbürokratisieren	–	–	–	–	–	–	–	79,0	74,6
Arbeitskosten senken	–	56,3	61,9	65,2	62,4	64,9	64,5	69,3	67,8
Bürokratischen Aufwand beim Mindestlohngesetz reduzieren	–	–	73,9	72,7	72,8	73,3	71,5	64,9	66,8
Unterstützung bei Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	–	–	–	53,4	66,2	73,2	67,9	54,1	55,0

1) Bewertung in Schulnoten.
2) Zustimmungsquote in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

2.3 Allgemeine Infrastruktur

Das vorhandene Angebot an Infrastruktureinrichtungen in Bayern beurteilen die befragten Unternehmen überwiegend zufriedenstellend (Tabelle 3, Güte). Im Schnitt vergeben sie hier die Schulnote 2,9, dies entspricht dem Vorjahreswert. Damit ist die allgemeine Infrastruktur der am zweitbesten bewertete der fünf Themenbereiche. Am besten wird in diesem Bereich die Qualität der soziokulturellen Infrastruktur bewertet (Schulnote 2,5). Allerdings ist hier eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahreswert (Schulnote 2,2) eingetreten.

Daneben hat sich die bereits in den Vorjahren erkennbare Zweiteilung der Gütebewertungen hinsichtlich der Standortfaktoren in diesem Themenbereich weiter manifestiert. Einerseits wird sowohl die Güte der Gewerbe- und Industrieflächen (Schulnote 2,7), der Infrastruktur für den Straßenverkehr (ebenfalls Schulnote 2,7) sowie der Infrastruktur für den Luftverkehr (Schulnote 2,8) positiv bewertet. Damit liegt die Einschätzung der

befragten Unternehmen hier einmütig nur leicht unter dem Vorjahreswert (jeweils um 0,1 Schulnoten verschlechtert). Andererseits fällt im Vergleich hierzu die Bewertung der Güte der digitalen Infrastruktur, der Mobilfunkinfrastruktur (beide jeweils Schulnote 3,3) sowie der Infrastruktur für den Schienenverkehr (Schulnote 3,4) ab. Auch hier gibt es nur ganz leichte Veränderungen gegenüber den Werten der Vorjahresbefragung. So ist die Bewertung der Güte der Schieneninfrastruktur konstant geblieben, die Bewertung der Digitalinfrastruktur hat sich leicht verschlechtert, die Bewertung der Mobilfunkinfrastruktur leicht verbessert.

Dieses Bild spiegelt sich auch im Hinblick auf die Bewertung der vorgeschlagenen Verbesserungsmaßnahmen wider (Tabelle 3, Verbesserungswünsche). Auf der einen Seite finden Maßnahmen zur Fortführung der Breitbandinitiative eine hohe Unterstützung. So liegt die Zustimmung mit 93,9 Prozent sogar noch über dem ohnehin bereits hohen Vorjahreswert (92,6 Prozent im Jahr 2020). Zugleich ist dies diejenige Verbesserungsmaßnahme, die über alle Themenbereiche hinweg die höchsten Zustimmungswerte erreicht. Mit 85,7 Prozent (und damit leicht erhöht gegenüber dem Vorjahreswert von 84,7 Prozent) fällt ebenfalls die Zustimmung zu Maßnahmen zum forcierten Mobilfunkinfrastrukturausbau hoch aus. Absolut gesehen stoßen Verbesserungsmaßnahmen in Form von Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur auf etwas weniger Resonanz, jedoch ist dieser Wert mit 69,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (65,6 Prozent im Jahr 2020).

Auf der anderen Seite bewegt sich die Zustimmung zur Verbesserung der Luftverkehrsinfrastruktur mit 20,9 Prozent auf niedrigem Niveau. Dieser Wert ist gegenüber dem Vorjahr (21,3 Prozent) noch einmal gesunken und nimmt damit den niedrigsten Wert seit Beginn der Befragung ein. Hier mögen die Debatten zur Klimaschädlichkeit des Flugverkehrs genauso beitragen wie Überlegungen zu Reshoring und Relokalisierung von Produktionsprozessen, die einen geringeren Bedarf nach Frachtflügen nach sich ziehen würden.

Hingegen leicht zugenommen hat aus Sicht der Unternehmen der Handlungsbedarf hinsichtlich Maßnahmen, die auf die Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur ausgerichtet sind (70,1 Prozent gegenüber 69,0 Prozent im Vorjahr).

Besonders augenfällig ist die Bedeutung der Verbesserungswünsche, die sich auf wohnortnahe Infrastrukturangebote beziehen. So sind die Zustimmungswerte für alle dazu zählenden Vorschläge im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Besonders hohe Werte erzielen dabei Maßnahmen zur Sicherung wohnortnaher Kitas (89,1 Prozent) und Schulen (88,4 Prozent). Insbesondere die Relevanz wohnortnaher Kitas ist damit im Vergleich zum Vorjahr auf ohnehin hohem Niveau noch einmal recht deutlich gestiegen (86,1 Prozent im Jahr 2020), aber auch der Zustimmungswert für Schulen fällt noch einmal höher aus als im Vorjahr. In ähnlich hohen Zustimmungsregionen bewegen sich die Maßnahmenvorschläge zur Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen (83,5 Prozent gegenüber 81,0 Prozent im Vorjahr) sowie die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung (90,5 Prozent gegenüber 87,9 Prozent im Vorjahr) sowie eines flächendeckenden ÖPNV-Angebotes (81,6 Prozent gegenüber 79,5 Prozent).

Möglicherweise ist im Zuge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden partiellen Verlagerung der Arbeitsstätte in die eigenen vier Wände auch die Bedeutung einer wohnortnahen, zur Unterstützung der Bedürfnisse in allen Lebensumständen (insbesondere im sozialen Bereich) geeigneten und breitgefächerten Infrastruktur insgesamt gestiegen.

Inhaltlich damit eng verbunden sind diejenigen Verbesserungswünsche, die sich auf die Wohnraumsituation beziehen. Auch diese Maßnahmen werden durchweg mit hohen Zustimmungswerten belegt. So ist die Sicherstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum mit Zustimmungswerten von 84,9 Prozent belegt, damit ist dieser Wert gegenüber dem Vorjahr (83,5 Prozent) noch einmal leicht gestiegen und setzt damit den stetigen Trend seit dem Jahr 2014 fort. Und auch der, in die diesjährige Befragung, neu aufgenommene Aspekt der Förderung von Wohneigentum findet mit 74,7 Prozent bereits ein vergleichsweise hohes Zustimmungsniveau.

Bemerkenswert sind die hohen Zustimmungswerte zu Maßnahmen zur Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen (66,6 Prozent). Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr (58,2 Prozent) am deutlichsten unter allen Items der allgemeinen Infrastruktur gestiegen.

Insgesamt finden sich drei der vier über alle Themenbereiche am relevantesten bewerteten Verbesserungswünsche im Bereich der allgemeinen Infrastruktur, nämlich Breitbandinitiative fortführen, Sicherstellung flächendeckender Gesundheitsversorgung sowie Sicherstellung wohnortnaher Kitas.

Tabelle 3

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich allgemeine Infrastruktur

Güte[1)]	**‘13**	**‘14**	**‘15**	**‘16**	**‘17**	**‘18**	**‘19**	**‘20**	**‘21**
Güte der digitalen Infrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,3	3,2	3,3
Güte der Mobilfunkinfrastruktur	-	-	-	-	-	-	3,5	3,4	3,3
Güte der soziokulturellen Infrastruktur	2,2	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5	2,2	2,5
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,5	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,7	2,6	2,7
Infrastruktur für den Straßenverkehr	–	2,8	2,6	2,6	2,6	2,7	2,9	2,6	2,7
Infrastruktur für den Schienenverkehr	–	3,4	3,2	3,2	3,2	3,3	3,5	3,4	3,4
Infrastruktur für den Luftverkehr	–	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,8	2,7	2,8
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs allgemeine Infrastruktur	**2,4**	**2,8**	**2,7**	**2,7**	**2,7**	**2,8**	**3,0**	**2,9**	**2,9**

Verbesserungswünsche[2)]	‘13	‘14	‘15	‘16	‘17	‘18	‘19	‘20	‘21
Breitbandinitiative fortführen	80,2	81,4	89,8	88,5	86,3	88,8	91,2	92,6	93,8
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	–	–	–	–	–	–	82,0	84,7	85,7
Investitionen in die Straßenverkehrsinfrastruktur	–	68,6	77,0	73,9	72,1	72,4	70,9	69,0	70,1
Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur	–	49,2	52,2	53,0	56,2	60,8	71,6	65,6	69,4
Investitionen in die Luftverkehrsinfrastruktur	–	24,3	32,6	27,5	30,3	32,2	27,5	21,3	20,9
Sicherung wohnortnaher Schulen	84,3	72,6	77,5	76,3	82,0	82,0	85,2	86,3	88,4
Sicherung wohnortnaher Kitas	–	–	73,3	76,2	77,7	78,0	83,1	86,1	89,1
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	–	–	72,8	70,8	75,9	76,8	77,2	81,0	83,5
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	–	62,9	62,8	63,5	66,4	66,8	74,9	73,4	73,9
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	88,5	76,2	79,4	80,8	83,6	82,9	87,0	87,9	90,5
Flächendeckendes Angebot im ÖPNV sicherstellen	61,6	71,8	71,3	75,9	77,8	78,2	82,1	79,5	81,6
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	77,4	71,0	72,8	75,3	79,7	81,2	83,4	83,5	84,9
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	49,5	48,3	53,5	51,9	53,3	54,3	56,1	58,2	66,6
Förderung von Wohneigentum	–	–	–	–	–	–	–	–	74,7

1) Bewertung in Schulnoten.
2) Zustimmungsquote in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

2.4 Innovationsumfeld

Mit einer Schulnote von 2,7 – das entspricht dem Vorjahreswert – wird das Innovationsumfeld von allen Themenbereichen am besten bewertet. Es ist der einzige Themenbereich, der sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verschlechtert hat. Ohne eigene Verbesserung ist

der Bereich damit allein durch die Verschlechterung der anderen Bereiche auf den Spitzenplatz geklettert.
Innerhalb des Themenbereiches hat sich die Bewertung der Güte der einzelnen Standortfaktoren fast nicht geändert. Am besten wird, wie im letzten Jahr und mit unveränderter Einschätzung, der Zugang zu neuen Technologien bewertet (Schulnote 2,6). Die Technikfreundlichkeit bzw. das positive Innovationsklima, im letzten Jahr noch gleichauf mit dem Technologiezugang, wird in der aktuellen Umfrage leicht schlechter eingeschätzt (Schulnote 2,7). Denselben Wert (und damit ebenfalls die Note 2,7) erzielt die Existenz von Netzwerken für Forschung und Entwicklung bzw. Innovation. Das Förderungsangebot für Unternehmen wird in einem ähnlichen Notenbereich verortet und mit der Schulnote 2,8 eingeschätzt. Neu aufgenommen wurde die proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen, die Güte dieses Aspektes wurde mit der Schulnote 3,0 und damit etwas schlechter bewertet als die übrigen Aspekte dieses Themenbereiches.

Bemerkenswert ist die Konstanz der Bewertung dieser Standortfaktoren, deren Einschätzung durch die Unternehmen sich seit der jeweiligen Aufnahme in die Befragung entweder gar nicht (Aspekt des Förderungsangebotes für Unternehmen) oder nur sehr geringfügig (die übrigen Aspekte) geändert hat.

Trotz der insgesamt zufriedenstellenden Bewertung des Innovationsumfeldes sehen die Unternehmen aber auch in diesem Themenbereich Verbesserungsbedürfnisse. Die höchsten Zustimmungswerte diesbezüglich erzielt, ebenfalls wie in der letztjährigen Befragung, die Vereinfachung von Antragsverfahren für Förderangebote. 88,6 Prozent und damit 2 Prozent mehr als im Vorjahr wünschen sich hier entsprechende politische Unterstützungsmaßnahmen. Damit rangiert diese Maßnahme auf Platz vier der Maßnahmen mit dem dringendsten Handlungsbedarf über alle fünf Themenbereiche.

Dazu passt auch der Wunsch, das Förderungsangebot auszubauen. Hier liegt die Zustimmung bei 75,9 Prozent und damit leicht unter dem Vorjahreswert (77,6 Prozent).
In dieselbe Richtung zielt auch der in diesem Jahr neu aufgenommene Aspekt, den Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung zu erleichtern. Hier liegt die Zustimmung bei 76,7 Prozent.

73,6 Prozent der Unternehmen würden sich wünschen, dass sich die Förderung insbesondere auf gesellschaftlich besonderes relevante Innovationsfelder (sogenannte „Grand Challenges“) beziehen würde. In einer derartigen, an einer Missionsorientierung ausgerichteten Fokussierung der Fördermittel sieht man offenbar einen geeigneten Weg zur Erhöhung der Fördereffektivität und -relevanz.

Verbesserungswünsche bezüglich des Ausbaus der steuerlichen Forschungsförderung hegen indes nur 63,3 Prozent. Auch dieser Aspekt ist in diesem Jahr neu aufgenommen, weist jedoch im Vergleich zu den anderen Verbesserungsmaßnahmen eine eher untergeordnete Bedeutung aus Sicht der befragten Unternehmen auf. Möglicherweise ist allerdings das zu Beginn des Jahres 2020 in Kraft getretene Forschungszulagengesetz, das die steuerliche Förderung der im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

anfallenden Personalkosten regelt, zum einen noch nicht bekannt genug, zum anderen nicht für Unternehmen aller Branchen gleichermaßen relevant.[2]

Neben dem breiten Feld der Förderung wurde auch abgefragt, wie die Unternehmen den Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationsnetzwerken sehen. In Abhängigkeit von der Herkunft der involvierten Netzwerkpartner lässt sich feststellen, dass sich die befragten Unternehmen noch am ehesten Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen wünschen. Hier liegt die Zustimmung bei 64,6 Prozent und damit unter dem Vorjahreswert (66,9 Prozent). Damit setzt sich der im Jahr 2018 begonnene Trend fort. Die Netzwerkunterstützung für die Kooperation von etablierten Unternehmen mit Startups wird mit 63,7 Prozent ähnlich hoch bewertet. Seit der Aufnahme dieses Aspektes pendelt der Zustimmungswert zwischen 60 und 70 Prozent. Handlungsbedarf bezüglich der Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen sehen jedoch nur 58,2 Prozent. Möglicherweise überwiegen hier noch die Bedenken, im Rahmen von Kooperationen mit anderen Unternehmen eventuelle Wettbewerbsvorteile preiszugeben. Die stetig zunehmende Komplexität sowie der wachsende Systemcharakter von Innovationen erfordern jedoch eine immer engere Kooperation von Unternehmen unterschiedlichster Prägung, Größe und Wertschöpfungskettenprovenienz. Möglicherweise wird die nächstjährige Umfrage eine deutlich gestiegene Relevanz dieses Aspektes zutage fördern.

Tabelle 4
Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Innovationsumfeld

Güte[1)]	**‘13**	**‘14**	**‘15**	**‘16**	**‘17**	**‘18**	**‘19**	**‘20**	**‘21**
Förderungsangebot für Unternehmen	–	–	–	–	–	–	2,8	2,8	2,8
Existenz FuE-/Innovationsnetzwerke	2,8	2,6	2,7	2,7	2,7	2,8	2,7	2,7	2,7
Zugang zu Technologien	2,6	2,6	2,6	2,5	2,6	2,6	2,4	2,6	2,6
Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima	2,6	2,5	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,7
Proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen	–	–	–	–	–	–	–	–	3,0
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Innovationsumfeld	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,8	2,6	2,7	2,7

[2] Das Forschungszulagengesetz sieht vor, dass 25% der förderfähigen Personalaufwendungen nach Ablauf des Geschäftsjahres auf Antrag und durch Anrechnung auf die Körperschaftsteuer bzw. Einkommensteuer erstattet werden. Das Gesetz gilt für alle Unternehmen gleichermaßen, unabhängig von Größe, Zweck oder Gewinnsituation.

Verbesserungswünsche[2)]	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21
Beratungsangebot verbessern	51,1	64,5	65,7	65,2	66,9	70,3	63,1	64,4	68,1
Förderungsangebot ausbauen	68,0	71,2	78,3	73,2	73,6	76,7	76,6	77,6	75,9
Finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken	65,8	73,9	73,1	71,0	71,5	68,0	72,6	70,6	[3)]
Antragsverfahren erleichtern	–	–	85,7	85,8	84,9	87,7	84,2	86,6	88,6
Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen	–	–	–	63,3	63,6	68,2	67,2	66,9	64,6
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups	–	–	–	61,2	70,1	71,2	63,5	60,7	63,7
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen	–	–	–	–	–	–	–	–	58,2
Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung	–	–	–	–	–	–	–	–	63,3
Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern	–	–	–	–	–	–	–	–	76,7
Gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich fördern	–	–	–	–	–	–	–	–	73,6

[1)] Bewertung in Schulnoten.
[2)] Zustimmungsquote in Prozent.
[3)] In der 2101-Befragung nicht erhoben.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

2.5 Energie und Rohstoffe

Das Themenfeld Energie und Rohstoffe wird von den befragten bayerischen Unternehmen mit einer durchschnittlichen Schulnote von 3,2 deutlich schlechter bewertet als noch im Vorjahr. Das liegt auch, aber bei weitem nicht nur, daran, dass in diesem Jahr der Faktor „Höhe der Rohstoffpreise" neu hinzugekommen ist, der das Gesamtergebnis nach unten drückt. Dieser Themenbereich rutscht im Vergleich zu den anderen vier Themenbereichen von Rang 1 im Vorjahr auf Rang 3 in der aktuellen Befragung ab.

Mit Abstand am besten beurteilen die Unternehmen den Standortfaktor der sicheren Stromversorgung (Schulnote 2,1). Damit notiert die wahrgenommene Güte dieses Kriteriums leicht schlechter als im Vorjahr (Schulnote 1,8). Die bislang ähnlich gut beurteilte

Sicherheit der Rohstoffversorgung wird in der aktuellen Befragung erstmals deutlich negativer als bislang bewertet. So verschlechtert sich die vergebene Schulnote von 2,1 im Vorjahr auf 2,9 in der aktuellen Befragung. Ursächlich für die deutliche Abwertung sind möglicherweise die auf Pandemie-Effekten basierenden vereinzelten Engpässe bei der Rohstoffversorgung durch gestörte Lieferketten, Containerknappheiten usw.

Deutlich schlechtere Noten erhalten die beiden preisbezogenen Standortfaktoren. So hat sich die Einschätzung der Höhe der Strompreise im vierten Jahr in Folge verschlechtert und erhält in diesem Jahr die Note 3,9. Dies ist unter allen abgefragten Standortfaktoren der fünf Themenbereiche der drittschlechteste Wert. Deutschland gehört weiterhin zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen in Europa, was sich belastend auf die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft auswirkt. Preistreiber sind dabei insbesondere die Kosten der Energiewende.[3] Der in diesem Jahr neu aufgenommene Aspekt der Höhe der Rohstoffpreise wird gar nur mit der Schulnote 4,0 bewertet und nimmt damit den zweitschlechtesten Platz aller Standortfaktoren an.

Vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Unzufriedenheit mit der Höhe der Strom- und Rohstoffpreise wird das vorherrschende Meinungsbild hinsichtlich gewünschter Verbesserungsmaßnahmen deutlich. Den größten Handlungsbedarf in diesem Themenfeld sehen die befragten Unternehmen (wie im Vorjahr) in Entwicklung, Aufbau und Ausbau von Speichern auch mit Forschungsförderung. 85,0 Prozent der Unternehmen sind der Ansicht, dass die Politik hier stärker unterstützen sollte. Dies bedeutet einen weiteren Anstieg auf bereits hohem Niveau (Vorjahreswert 82,4 Prozent). Die bayerische Regierung hat das bereits aufgegriffen und in ihrem Aktionsprogramm Energie festgelegt, dass die Entwicklung und Verbreitung von Speichern künftig stärker gefördert werden soll.[4]
Mit ähnlicher Wichtigkeit wird seitens der befragten Unternehmen die Anpassung der Rahmenbedingungen gesehen, um die Kosten der Energiewende zu senken. Hier wünschen sich 84,3 Prozent eine zielgerichtete Unterstützung. Auch hier ist die Zustimmung im Vergleich zum Vorjahr (80,7 Prozent) noch einmal deutlich gestiegen.

Für den neu in die Befragung aufgenommenen Aspekt, den Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Energieversorgung zu unterstützen, wurde mit 81,8 Prozent eine ebenfalls hohe Zustimmungsrate erzielt. Der Ausbau der Leitungskapazitäten wird als vergleichbar unterstützenswert angesehen, hier liegen die Zustimmungswerte bei 81,4 Prozent und sind damit im Vergleich mit dem Vorjahr (73,7 Prozent) sehr deutlich gestiegen. Dies ist sogar diejenige Verbesserungsmaßnahme über alle fünf Themenbereiche mit dem zweithöchsten Handlungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr. Die Zustimmung für den im Vorjahr neu aufgenommenen Aspekt, regulierte Komponenten bei Strompreisen zu senken, ist hingegen leicht gesunken (von 81,3 Prozent im Vorjahr auf 80,3 Prozent in der diesjährigen Befragung).

[3] Vgl. z.B. vbw (2020): 8. Monitoring der Energiewende; Januar 2020; So kostet die Kilowattstunde im zweiten Halbjahr 2020 in Deutschland 30,06 Cent, wenn man einen Jahresverbrauch von 2.500 bis 5.000 Kilowattstunden zugrunde legt. Einen hohen Anteil machen dabei Steuern und Abgaben aus. Damit ist Deutschland Im europäischen Vergleich Preisspitzenreiter vor Dänemark.
[4] Vgl. StmWi (2019): Bayerisches Aktionsprogramm Energie; München.

Weit weniger wichtig ist für die Unternehmen dagegen die Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve. Hier sehen nur 45,8 Prozent einen Bedarf an entsprechenden politischen Aktivitäten. Zwar ist dies eine deutlich geringere Relevanz als bezüglich der anderen Verbesserungsvorschläge, gleichwohl ist die Zustimmungsrate hier im Vergleich zum letzten Jahr (41,1 Prozent) sehr deutlich gestiegen. Über alle fünf Themenbereiche ist dies die Verbesserungsmaßnahme mit der dritthöchsten Handlungsrelevanz im Vergleich zum Vorjahr.
Insgesamt fällt auf, dass die Dringlichkeit der Verbesserungswünsche im Themenbereich Energie und Rohstoffe zumindest seit 2016 kontinuierlich zugenommen hat.

Tabelle 5

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Energie und Rohstoffe

Güte[1]	**'13**	**'14**	**'15**	**'16**	**'17**	**'18**	**'19**	**'20**	**'21**
Sichere Rohstoffversorgung	2,4	2,2	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2	2,1	2,9
Sichere Stromversorgung	2,1	2,0	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0	1,8	2,1
Höhe der Strompreise	–	4,0	3,5	3,4	3,5	3,4	3,6	3,7	3,9
Höhe der Rohstoffpreise									4,0
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Innovationsumfeld	**2,2**	**2,7**	**2,6**	**2,4**	**2,5**	**2,6**	**2,7**	**2,5**	**3,2**

Verbesserungswünsche[2]	**'13**	**'14**	**'15**	**'16**	**'17**	**'18**	**'19**	**'20**	**'21**
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten	66,8	77,1	69,3	71,9	70,6	72,6	72,7	73,7	81,4
Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve	39,3	53,6	44,7	43,7	39,7	42,6	40,8	41,1	45,8
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern auch mit Forschungsförderung	81,1	92,4	83,5	78,2	79,6	79,5	80,8	82,4	85,0
Anpassung der Rahmenbedingungen, um Kosten der Energiewende zu senken	–	73,5	72,1	71,8	77,5	78,0	79,2	80,7	84,3
Regulierte Komponenten bei Strompreisen senken	–	–	–	–	–	–	–	81,3	80,3
Ausbau der Infrastruktur für eine wasserstoffbasierte Energieversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	81,8

[1] Bewertung in Schulnoten.
[2] Zustimmungsquote in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

2.6 Verwaltungshandeln

Das Verwaltungshandeln wird von den bayerischen Unternehmen vorwiegend kritisch beurteilt. Im Schnitt vergeben die Unternehmen die Schulnote 3,7. Damit hat sich die Gesamtbewertung dieses Themenbereiches im Vergleich zum Vorjahr (Schulnote 3,5) noch einmal leicht verschlechtert. Neben dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld schneidet das Verwaltungshandeln damit wie im Vorjahr als schlechtester der fünf Bereiche ab.

Dabei werden alle drei zum Themenbereich gehörenden Standortfaktoren mit der Schulnote 3,7 bewertet. Die Bewertung sowohl der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren als auch bezüglich des unbürokratischen Verhaltens öffentlicher Stellen ist im Vergleich zur Vorjahresbewertung (im Jahr 2020 wurden beide Kriterien mit der Schulnote 3,5 bewertet) noch einmal leicht schlechter ausgefallen. Und auch der neu in die Befragung aufgenommene Standortfaktor Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung hat sich hier mit der Schulnote 3,7 eingereiht.

Als Ansatzpunkt zur Verbesserung des Verwaltungshandeln in Bayern ist aus Sicht der befragten Unternehmen besonders wichtig, dass administrative Einheiten miteinander vernetzt werden. Verbesserungen in diesem Bereich wünschen sich 83,2 Prozent der befragten Unternehmen, damit liegt die Zustimmung hier über dem Vorjahreswert (79,3 Prozent). Damit gehört diese Maßnahme zu den vier Maßnahmen, bei denen sich der Handlungsbedarf im Vergleich mit dem Vorjahr am meisten erhöht hat. Daneben befürworten 73,9 Prozent die Einführung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene, damit liegt der Wert zwar unter dem Vorjahr (76,8 Prozent), insgesamt im Verlauf der Jahre aber im üblichen Rahmen.

Eine fast genauso hohe Zustimmung (nämlich 72,9 Prozent und damit leicht erhöht gegenüber dem Vorjahr) erfährt der Wunsch der Unternehmen, E-Government bzw. E-Administration stärker auszubauen.
Die bayerische Regierung sieht in einer digitalen Verwaltung auch einen wichtigen Baustein, um die Attraktivität des Hightech-Standortes Bayern aufrechterhalten zu können. So hat man im Rahmen der Zielsetzung, einen bürgerorientierten Servicestaat zu realisieren, bereits eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung in Angriff genommen (u.a. BayernApp, digitales Rathaus, digitales Unternehmenskonto).[5]

Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen ist aus Sicht der Unternehmen dagegen nicht übermäßig wichtig. Für lediglich 46,7 Prozent der befragten Unternehmen ist eine derartige Einschränkung relevant, wenn Kommunen dadurch in Konkurrenz zu effizienten privaten Angeboten treten. Nach einer relativ starken Erhöhung im Vorjahr ist die Zustimmung hier wieder gesunken.

[5] Vgl. StmD (2021).

Tabelle 6

Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Verwaltungshandeln

Güte[1]	**'13**	**'14**	**'15**	**'16**	**'17**	**'18**	**'19**	**'20**	**'21**
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	3,3	3,2	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,5	3,7
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	3,7	3,7	3,5	3,5	3,5	3,6	3,4	3,5	3,7
Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	–	–	–	–	–	–	–	–	3,7
Gesamtbewertung der Güte des Bereichs Verwaltungshandeln	**3,3**	**3,4**	**3,5**	**3,4**	**3,5**	**3,5**	**3,4**	**3,5**	**3,7**

Verbesserungswünsche[2]	**'13**	**'14**	**'15**	**'16**	**'17**	**'18**	**'19**	**'20**	**'21**
E-Government/E-Administration stärker ausbauen	52,5	61,7	63,8	66,8	65,2	67,7	65,4	71,5	72,9
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	74,5	73,3	76,1	78,0	75,8	76,7	78,1	79,3	83,2
Wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	–	49,3	50,9	49,6	48,9	46,6	44,5	49,7	46,7
Einführung einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene	–	75,6	76,2	73,9	75,9	73,3	71,9	76,8	73,9

[1] Bewertung in Schulnoten.
[2] Zustimmungsquote in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

3 Die Ergebnisse in den Regierungsbezirken

Strukturunterschiede führen zu regionalen Besonderheiten in der Bewertung der Standortfaktoren.

Die Regierungsbezirke in Bayern weisen regionale Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen Situation und der Bewertung der Standortbedingungen auf. Daher werden im Folgenden die Ergebnisse im Hinblick auf die Bewertung der Standortloyalität und -qualität auf Ebene der Regierungsbezirke vorgestellt. Neben regionalen Unterschieden werden nennenswerte Abweichungen der Ergebnisse zum Vorjahr sowie zum bayerischen Mittelwert thematisiert. Die regionale Analyse basiert auf den Ergebnissen der durchgeführten Unternehmensbefragung.

Standortloyalität

Insgesamt sind alle Regierungsbezirke in Bayern durch eine hohe Standortloyalität gekennzeichnet. Der Durchschnittswert über alle Regierungsbezirke fällt mit 82,3 Prozent hoch aus, liegt aber leicht unter den Werten der Vorjahre. Die höchste Loyalität zum Standort verzeichnet dabei der Regierungsbezirk Mittelfranken. Mit 89,8 Prozent wird nicht nur eine Steigerung zum ohnehin hohen Vorjahresniveau (88,3 Prozent) erreicht, sondern auch der dritthöchste Loyalitätswert überhaupt für einen Regierungsbezirk seit 2013 erzielt. Auch in Niederbayern (84,4 Prozent) sowie in Unterfranken (84,0 Prozent) fällt die Standortloyalität überdurchschnittlich aus. Schwaben (82,1 Prozent) und Oberbayern (80,5 Prozent) weisen eine Standortloyalität auf, die sich noch in der Nähe des bayerischen Mittelwertes bewegt. Allerdings ist hier bemerkenswert, dass die Loyalität der im Regierungsbezirk Schwaben ansässigen Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich nachgelassen hat. War Schwaben diesbezüglich im Vorjahr noch der Primus unter allen Bezirken, sackte er in diesem Jahr auf Platz vier ab. Auch im Regierungsbezirk Oberpfalz sank die Loyalität deutlich, von 83,9 Prozent im Vorjahr auf nun 77,6 Prozent. Das Schlusslicht hier bildet wie im Vorjahr der Regierungsbezirk Oberfranken, die Loyalität sank von 80,7 Prozent auf 77,3 Prozent.

Standortqualität

Insgesamt fällt auch die Bewertung der Standortqualität in den sieben Regierungsbezirken des Landes relativ hoch aus, auch wenn die Werte im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen sind. Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten erreichen die Bezirke einen Durchschnittswert von 74,8 Punkten. Allerdings bestätigt sich damit ein leichter Abwärtstrend, der im Jahr 2019 begonnen hat. Wie im Vorjahr bewerten die befragten Unternehmen die Standortqualität im Regierungsbezirk Oberbayern am höchsten (78,5 Prozent gegenüber 79,1 Prozent im Vorjahr). Ebenfalls überdurchschnittlich fällt die Einschätzung in Mittelfranken (76,7 Prozent), Schwaben (76,0 Prozent) und Unterfranken (75,3 Prozent) aus. Mittelfranken und Unterfranken sind zudem die einzigen Regierungsbezirke, in denen die Standortqualität aus Sicht der befragten Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen ist. Unter dem bayerischen Durchschnitt liegt hingegen die Einschätzung der

Standortqualität in den Bezirken Oberpfalz (73,3 Prozent), Niederbayern (73,0 Prozent) und Oberfranken (69,9 Prozent).

Tabelle 7

Bewertung der Standortloyalität zum jeweiligen Regierungsbezirk

Regierungsbe-zirk	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**
Schwaben	88,2	85,3	82,5	86,9	89,7	92,7	82,4	89,2	82,1
Mittelfranken	89,7	86,7	83,2	86,3	88,6	89,0	88,8	88,3	89,8
Unterfranken	88,8	83,1	83,2	79,3	81,0	80,7	87,6	85,0	84,0
Oberpfalz	85,7	83,6	79,0	80,6	84,8	83,4	82,6	83,9	77,6
Oberbayern	95,4	88,7	84,6	87,7	86,2	86,6	86,6	82,4	80,5
Niederbayern	84,1	77,8	76,5	78,6	82,2	79,0	79,4	81,5	84,4
Oberfranken	79,8	71,8	65,1	75,0	73,4	81,1	81,0	80,7	77,3
Durchschnitt	**87,3**	**82,5**	**79,2**	**82,0**	**83,5**	**84,6**	**84,2**	**84,4**	**82,3**

Angaben in Prozent.
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

Tabelle 8
Bewertung der Standortqualität im jeweiligen Regierungsbezirk

Regierungsbezirk	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Oberbayern	78,7	78,1	80,8	79,3	80,3	78,7	80,4	79,1	78,5
Schwaben	74,4	75,2	76,8	73,8	75,9	76,6	78,4	79,0	76,0
Mittelfranken	73,1	73,2	73,1	74,1	75,5	72,5	76,9	75,1	76,7
Niederbayern	68,2	68,4	67,7	67,7	70,9	72,6	74,2	74,6	73,0
Unterfranken	68,7	69,5	67,8	68,2	70,5	74,7	78,7	74,3	75,3
Oberpfalz	68,4	69,5	72,0	71,1	70,9	73,2	73,0	73,5	73,3
Oberfranken	65,7	62,9	63,0	65,5	67,8	69,1	71,8	72,7	69,6
Durchschnitt	**71,0**	**71,0**	**71,6**	**71,4**	**73,0**	**73,9**	**76,2**	**75,5**	**74,8**

Punktewerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2013); (2014); (2015); (2016); (2017); (2018); (2019); (2020); (2021)

3.1 Besonderheiten der Regierungsbezirke

Trotz dieser insgesamt relativ hohen Einschätzung der Standortqualität in Bayern werden die einzelnen Themenbereiche in den sieben Regierungsbezirken unterschiedlich bewertet (Abbildung 3). Die Bewertungsunterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb der Bezirke lassen sich insbesondere auf Strukturunterschiede zurückführen. Eher ländlich geprägte Regionen haben beispielsweise andere Bedürfnisse als städtische Regionen, Bezirke mit starker Prägung durch mittelständische Produktionsunternehmen andere Bedürfnisse als Bezirke mit vorwiegend kleineren Dienstleistungsbetrieben. Demgemäß müssen diese Strukturunterschiede für die Formulierung möglichst effektiver Handlungsempfehlungen berücksichtigt werden.

So werden die Standortfaktoren aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld in Oberbayern, Unterfranken und Schwaben mit der Schulnote 3,4 und damit leicht besser als in den anderen Bezirken bewertet. Schlusslicht hier ist Niederbayern (Schulnote 3,6). Die allgemeine Infrastruktur wird über alle Bezirke deutlich besser bewertet, vor allem in Oberbayern und Unterfranken (Schulnote 2,8). Noch einmal besser schneidet die Bewertung des Themenbereiches Innovationsumfeld ab, die mittleren Schulnoten liegen in allen Bezirken über 3,0. Hier ragt Unterfranken mit einer Note von 2,6 hervor. Im Mittel schlechter bewertet werden die Standortfaktoren bezüglich des Themenbereiches Energie

und Rohstoffe, hier kommt die Einschätzung nicht über eine Schulnote von 3,1 (in Oberbayern und Schwaben) hinaus. Der Themenbereich Verwaltungshandeln wird noch kritischer bewertet, insbesondere in Niederbayern und der Oberpfalz (jeweils mit der Schulnote 3,9). Die besten Bewertungen in dieser Kategorie liegen für Oberbayern und Oberfranken vor, sind mit jeweils der Schulnote 3,6 aber nur leicht besser als in den übrigen Bezirken.

Abbildung 3

Bewertung der Themenbereiche nach Regierungsbezirken

	Oberbayern	Nieder-bayern	Oberpfalz	Ober-franken	Mittel-franken	Unter-franken	Schwaben
Humankapital und Arbeitsumfeld	3,4	3,6	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4
Allgemeine Infrastruktur	2,8	3,0	3,2	3,0	2,9	2,8	3,0
Innovationsumfeld	2,7	2,9	2,8	2,8	2,8	2,6	2,7
Energie und Rohstoffe	3,1	3,3	3,4	3,3	3,2	3,2	3,1
Verwaltungs-handeln	3,6	3,9	3,9	3,6	3,7	3,7	3,7

Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Nennenswerte Abweichungen in den Regierungsbezirken von den Vorjahreswerten bzw. den Durchschnittswerten für Bayern sind Inhalt der folgenden Analyse. Dabei können höhere Zustimmungswerte in einer Region im Vergleich zum bayerischen Durchschnitt als regional größerer Handlungsbedarf interpretiert werden. Abweichungen nach unten lassen sich zwar als regional weniger dringlicher Handlungsbedarf interpretieren. Die Zustimmung ist aber oftmals dennoch so hoch, dass man nicht daraus schließen kann, dass eine Maßnahme für eine Region ungeeignet wäre. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die angebotenen Maßnahmen nicht für alle Unternehmen gleichbedeutend sind.

In den folgenden Abschnitten werden jeweils die Besonderheiten in den einzelnen Regierungsbezirken näher untersucht. Die Analyse erfolgt in drei Schritten:

1. In einem ersten Schritt wird die Bewertung der allgemeinen Standortqualität und -loyalität sowie die Beurteilung der Güte der Standortfaktoren in den fünf Themenfeldern berücksichtigt.
2. In einem zweiten Schritt werden ausgewählte Kernergebnisse bezüglich der Verbesserungsmaßnahmen mit den Ergebnissen des Vorjahres verglichen.
3. Anschließend folgt der räumliche Vergleich. Hierbei werden die größten Abweichungen der Befragungsergebnisse vom bayerischen Mittelwert dargestellt.

Bei der Darstellung der Kernergebnisse in den Schritten zwei und drei werden jeweils mindestens vier nennenswerte Abweichungen aus den unterschiedlichen Themenbereichen genannt. Neben der zeitlichen Dimension kann so die Spezifität der Regierungsbezirke analysiert werden.

3.2 Oberbayern

Oberbayern ist mit seinem Agglomerationszentrum München ein wichtiges Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens in Bayern, ablesbar an den Spitzenpositionen bei einer Vielzahl von ökonomischen Kennziffern.

3.2.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Oberbayern fällt hoch aus. Mit 78,5 Prozent erreicht Oberbayern wieder den höchsten Wert unter allen Regierungsbezirken. Allerdings ist der Wert gegenüber dem Vorjahr (79,1 Prozent) leicht gesunken.

– Dies führt allerdings nur bedingt zu einer hohen Standortloyalität. Diese ist zwar mit 80,5 Prozent grundsätzlich ebenfalls hoch, liegt aber unter dem bayerischen Durchschnitt (82,3 Prozent) und hat gegenüber dem Vorjahreswert (82,4 Prozent) eingebüßt.

– Im Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld schneidet Oberbayern mit einer Schulnote von 3,4 leicht besser ab als der bayerische Durchschnitt (Note 3,5). Ebenfalls leicht überdurchschnittlich sehen die befragten Unternehmen die Region in den Themenbereichen allgemeine Infrastruktur (Schulnote 2,8), Energie und Rohstoffe (Note 3,1) sowie Verwaltungshandeln (Note 3,6). Die Bewertung für den Themenbereich Innovationsumfeld liegt mit einer Note von 2,7 genau im Schnitt der sieben Regionen.

– Die besten Werte vergeben die Unternehmen in Oberbayern für die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,0), die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,3) sowie die Güte der Luftverkehrsinfrastruktur (Note 2,3). Hingegen am schlechtesten bewertet werden der bürokratische Aufwand im Arbeitsumfeld (Note 3,9) sowie die Höhe der Strompreise (Note 3,8).

– Aus Sicht der Unternehmen hat sich die Verfügbarkeit von Fachkräften im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert (Note 3,7 gegenüber 3,9 im Vorjahr), auch das Innovationsklima bzw. Technikfreundlichkeit (Note 2,4 gegenüber 2,6 im Vorjahr) sowie die Güte der Straßenverkehrsinfrastruktur (Note 2,6 gegenüber 2,8 im Vorjahr) sind besser geworden. Dagegen hat die Sicherheit der Rohstoffversorgung (Note 2,8 gegenüber 2,1 im Vorjahr) deutlich nachgelassen, auch die Güte der soziokulturellen Infrastruktur wird mit der Note 2,3 deutlich schlechter bewertet als noch im Vorjahr (Note 2,0).

– Besser als der bayerische Durchschnitt schneidet der Regierungsbezirk Oberbayern vor allem im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur ab. Insbesondere für die Luftverkehrsinfrastruktur (Note 2,3 gegenüber 2,8 im bayerischen Durchschnitt), die Schieneninfrastruktur (Note 3,1 gegenüber 3,4) sowie die soziokulturelle Infrastruktur (Note 2,3 gegenüber 2,5) werden überdurchschnittliche Noten vergeben. Aufholbedarf sehen die befragten Unternehmen allerdings im Themenbereich des Innovationsumfeldes, vor allem in der Bereitstellung von Förderangeboten im Bereich des Innovationsumfeldes (Note 3,0 gegenüber 2,8 im bayerischen Durchschnitt) sowie der proaktiven Unterstützung von unternehmerischen Innovationsaktivitäten (Note 3,1 gegenüber 3,0). Auch die Höhe der Arbeitskosten wird mit der Note 3,9 schlechter bewertet als im bayerischen Durchschnitt (Note 3,5).

Tabelle 9
Ergebnisse für Oberbayern

	Oberbayern	**Bayern**
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	80,5	82,3
Standortqualität[2]	78,5	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,4	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,7	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,1	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	2,8	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,6	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.2.2 Abweichungen zum Vorjahr

Bei den Zustimmungsraten der Unternehmen im Hinblick auf ein politisches Eingreifen in bestimmten Themenfeldern gibt es im Vergleich zum Vorjahr in einigen Bereichen Abweichungen nach oben oder unten, die einen gestiegenen oder gesunkenen Handlungsdruck implizieren.

Aus Sicht der Unternehmen ist der Handlungsdruck im Vergleich zum Vorjahr insbesondere in Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten und damit dem Netzausbau

gestiegen. Lag die Zustimmung zur Dringlichkeit von Maßnahmen in diesem Bereich im Vorjahr noch bei 68,3 Prozent, so ist sie in diesem Jahr auf 83,0 Prozent gestiegen.

Daneben konstatieren die befragten Unternehmen einen hohen Handlungsbedarf im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur. Drei der vier Maßnahmen mit dem höchsten Zustimmungsanstieg liegen in diesem Feld. Die Zustimmung zur notwendigen Verbesserung des Angebots an soziokulturellen Einrichtungen stieg von 54,2 Prozent im Vorjahr auf knapp 66,7 Prozent in diesem Jahr, die Sicherung wohnortnaher Schulen wird in diesem Jahr mit 91,2 Prozent Zustimmung bewertet (gegenüber 81,7 Prozent im Vorjahr), und auch die Notwendigkeit der Sicherstellung eines hinreichenden Angebots an öffentlichem Personenverkehr wird mit einer Zustimmung von 85,1 Prozent als dringlicher bewertet als noch im Vorjahr (75,9 Prozent).

Als weniger wichtig erachtet als noch im Vorjahr werden hingegen Maßnahmen, die das Förderangebot für Unternehmen im Innovationsumfeld erhöhen. Hier besteht die Zustimmungsquote nur noch bei 69,1 Prozent und ist damit deutlich gegenüber der Vorjahresumfrage (83,3 Prozent) gesunken. Ebenfalls nachgelassen hat die Zustimmung, das Verwaltungshandeln mittels einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene effizienter zu machen. Hier ist die Quote von 75,8 Prozent auf 68,1 Prozent gefallen. Als weniger dringlich wird daneben auch die Unterstützung der Ausbildung Jugendlicher genannt, hier fiel die Zustimmung binnen Jahresfrist von 81,4 Prozent auf nun 75,0 Prozent.

3.2.3 Abweichungen vom bayerischen Mittelwert

Die befragten Unternehmen gewichten Investitionen zur Verbesserung der Schieneninfrastruktur in Oberbayern mit höherer Relevanz als im bayerischen Mittel über alle Regierungsbezirke. In Oberbayern beträgt die Zustimmung 78,1 Prozent, im übrigen Land hingegen nur 69,4 Prozent. Auch das Verwaltungshandeln sollte in Oberbayern verbessert werden, indem Maßnahmen zum Ausbau von E-Government und E-Administration realisiert werden. Knapp 80 Prozent stimmen hier zu, verglichen mit 74 Prozent im Mittel aller bayerischen Regierungsbezirke. Bezüglich des Themenbereiches Humankapital und Arbeitsumfeld ist den Unternehmen in Oberbayern besonders wichtig, dass die arbeitsrechtlichen Bestimmungen flexibler gestaltet werden. Hier beträgt die Zustimmung 68 Prozent im bayerischen Mittel, in Oberbayern aber gut 72 Prozent. Wichtiger als in den anderen Regierungsbezirken ist den befragten Unternehmen außerdem, dass das Beratungsangebot für zielgerichtete Innovationsfördermaßnahmen verbessert wird. Hier beträgt die Zustimmungsquote 71,6 Prozent, über alle Regionen hingegen nur 68 Prozent.

Einige Verbesserungsvorschläge erhalten von den Unternehmen aus Oberbayern deutlich weniger Zustimmung als von den Unternehmen der übrigen sechs Regierungsbezirke. In diesen Maßnahmen wird demnach in Oberbayern ein geringerer Handlungsdruck gesehen. So stimmen im bayerischen Mittel knapp 74 Prozent zu, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum wichtig sind. In Oberbayern beträgt die Zustimmungsquote jedoch nur gut 63 Prozent. Auch Maßnahmen, die auf Entwicklung, Aufbau und Ausbau von Speichern (auch mittels Forschungsförderung) abzielen, erhalten in Oberbayern lediglich eine Zustimmung von knapp 78 Prozent, im übrigen Land jedoch von knapp 85 Prozent. Zum Themenbereich Innovationsumfeld wünschen sich im

bayerischen Mittel knapp 76 Prozent den Ausbau des Förderangebotes für Unternehmen, in Oberbayern beträgt die Zustimmungsquote jedoch lediglich 69 Prozent.

3.3 Niederbayern

Niederbayern zählt sowohl nach Fläche als auch nach Einwohnerzahl zu den kleinsten Regierungsbezirken des Freistaats. Rund 90 Prozent der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Gleichzeitig ist die Wirtschaftsstruktur der Region stark industriell geprägt, insbesondere durch die Automobilindustrie mitsamt ihrer angegliederten Zulieferbranchen.

3.3.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Niederbayern fällt leicht unterdurchschnittlich aus. Mit 73,0 Prozent liegt Niederbayern unter dem bayerischen Mittelwert von 74,8 Prozent. Dabei ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr (74,6 Prozent) gefallen.

– Dagegen hat die Loyalität der niederbayerischen Unternehmen zum Standort recht deutlich zugenommen. Lag er im Vorjahr noch bei 81,5 Prozent, so beträgt er in diesem Jahr 84,4 Prozent und liegt damit noch über dem bayerischen Mittelwert von 82,3 Prozent. Damit liegt Niederbayern hier auf Platz zwei der sieben Regierungsbezirke.

– Bei Betrachtung der abgefragten fünf zentralen Themenbereiche fällt auf, dass Niederbayern jeweils leicht unter dem bayerischen Durchschnitt liegt. Die Güte des Innovationsumfeldes wird mit einer Schulnote von 2,9 (gegenüber dem Mittelwert von 2,7) noch am besten eingeschätzt, die schlechteste Bewertung erhält Niederbayern für das Verwaltungshandeln (Note 3,9) sowie die Güte des Arbeitsumfeldes (Note 3,6). Die allgemeine Infrastruktur (Note 3,0 gegenüber 2,9) sowie der Bereich der Energie und Rohstoffe (Note 3,3 gegenüber 3,2) liegen jeweils nah am bayerischen Mittel.

– Am besten bewertet wird in Niederbayern die Sicherheit der Stromversorgung, die im Durchschnitt die Schulnote 2,1 erhält. Zwei Aspekte des Themenbereiches allgemeine Infrastruktur werden ebenfalls hoch bewertet: So wird die Güte der soziokulturellen Infrastruktur mit 2,4 beurteilt (und damit interessanterweise nur wenig schlechter als die soziokulturelle Infrastruktur im deutlich dichter besiedelten Oberbayern aus Sicht der dort ansässigen Unternehmen), und die Güte der Luftverkehrsinfrastruktur erhält eine mittlere Note von 2,7. Ebenfalls zu den bestbewerteten Standortfaktoren gehört die Qualität der Bildungsinfrastruktur, die mit der Note 2,6 versehen wird. Mit jeweils 4,0 erhalten der bürokratische Aufwand im Bereich Arbeitsumfeld sowie die Höhe der Strompreise im Bereich der Energie- und Stromversorgung die schlechtesten Noten in Niederbayern.

– Im Vergleich zum Vorjahr hat sich aus Sicht der befragten Unternehmen insbesondere die Infrastruktur in Niederbayern leicht verbessert. So gehören die drei Faktoren, die sich gegenüber zum Vorjahr relativ am meisten verbessert haben, alle zum

Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur. Die Schieneninfrastruktur hat sich von einer durchschnittlichen Vorjahresnote von 3,7 auf nun 3,5 erhöht, die Mobilfunkinfrastruktur von vormals 3,7 auf nun 3,6 und die Straßeninfrastruktur von 2,8 auf 2,7. Deutlich verschlechtert hingegen hat sich die Sicherheit der Rohstoffversorgung, die nun nur noch mit 3,1 bewertet wird (anstatt 2,0 im Vorjahr). Ebenfalls deutlich verschlechtert hat sich aus Unternehmensperspektive im Bereich des Verwaltungshandelns die Güte der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (von 3,5 auf 3,9).

– Im Vergleich mit dem Durchschnitt aller bayerischen Regionen schneidet insbesondere die Infrastruktur von Niederbayern etwas besser ab. So werden sowohl die Luftverkehrsinfrastruktur (in Niederbayern mit der Note 2,7, aber in Bayern nur mit 2,8 bewertet) als auch das Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen (in Niederbayern mit 2,7, jedoch im gesamten Bundesland mit 2,8) sowie die soziokulturelle Infrastruktur (in Niederbayern mit 2,4, in Bayern mit 2,5) überdurchschnittlich bewertet. Allerdings liegt die Einschätzung der Mobilfunkinfrastruktur mit einer Note von 3,6 unterhalb des Landesdurchschnitts. Auch die Bewertungen der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (3,9 in Niederbayern gegenüber 3,7 im Bundesland) sowie die Höhe der Arbeitskosten (3,5 in Niederbayern gegenüber 3,3 im Land) werden unter dem üblichen Landesschnitt eingeschätzt.

Tabelle 10
Ergebnisse für Niederbayern

	Niederbayern	**Bayern**
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	84,4	82,3
Standortqualität[2]	73,0	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,6	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,9	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,3	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	3,0	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,9	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.3.2 Abweichungen zum Vorjahr

Die höchsten Zustimmungsraten zu einzelnen Verbesserungsmaßnahmen (und damit der höchste Handlungsdruck) liegen in Niederbayern in den Bereichen Humankapital und Arbeitsumfeld, Verwaltungshandeln sowie Innovationsumfeld. So werden insbesondere Maßnahmen, die den im Zusammenhang mit dem Mindestlohngesetz entstehenden bürokratischen Aufwand zu reduzieren helfen, mit einer höheren Dringlichkeit bewertet als noch im Vorjahr, die Zustimmungsquote stieg von 63,3 Prozent auf 74 Prozent. Ebenfalls deutlich gestiegen ist die Zustimmung im Bereich Verwaltungshandeln, via einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene die Effizienz zu verbessern (von 76,3 Prozent im Vorjahr auf nun 85,4 Prozent). Zu den vier Verbesserungsmaßnahmen mit dem höchsten Zustimmungsanstieg gehören außerdem zwei Maßnahmen aus dem Innovationsumfeld. So findet es bei den Unternehmen aus Niederbayern deutlich mehr Zustimmung als im Vorjahr, die notwendigen Antragsverfahren zu erleichtern, hier stieg die Zustimmung von 80,8 Prozent auf 89,6 Prozent. Außerdem geben in diesem Jahr mit 65,3 Prozent (statt 56,8 Prozent im Vorjahr) signifikant mehr Unternehmen an, Unterstützung beim Aufbau von Netzwerken zwischen Unternehmen und Start-Ups zu benötigen.

Am meisten gesunken sind die Zustimmungswerte für zwei Maßnahmen aus dem Bereich der allgemeinen Infrastruktur. Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes im öffentlichen Personenverkehr erhalten nur noch eine Zustimmungsquote von 71 Prozent (und damit deutlich weniger als noch im Vorjahr, wo die Zustimmung 82 Prozent betrug), Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur sind von einer vorjährigen Zustimmungsquote von 73,7 Prozent auf nun 67,8 Prozent gesunken. Ebenfalls signifikant weniger wichtig ist für die Unternehmen in Niederbayern, dass Maßnahmen zur Senkung der Arbeitskosten realisiert werden, hier sank die Zustimmung von 81,5 Prozent auf 76,0 Prozent.

3.3.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Die größte Abweichung gegenüber dem bayerischen Mittelwert liegt für die Unternehmen in Niederbayern in der Bewertung der Maßnahme, mit Hilfe von einheitlichen Ansprechpartnern auf kommunaler Ebene das Verwaltungshandeln zu verbessern. Während diese Maßnahme im Schnitt über alle sieben Regierungsbezirke eine Zustimmungsquote von 74,4 Prozent erhält, liegt die Zustimmung in Niederbayern bei 85,4 Prozent. Daneben liegen deutliche Abweichungen auch im Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld: In Niederbayern sehen 76,0 Prozent der befragten Unternehmen eine hohe Dringlichkeit darin, die Arbeitskosten zu senken. In Gesamtbayern liegt die Quote nur bei 67,9 Prozent. Und Verbesserungsmaßnahmen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, der im Zuge des Mindestlohngesetzes entsteht, werden in Niederbayern mit einer Zustimmung von knapp 74,0 Prozent als deutlich dringlicher erachtet als im gesamten Land (hier liegt die Zustimmungsquote nur bei 66,8 Prozent).

Deutlich geringeren Handlungsbedarf im Vergleich zu dem bayerischen Mittelwert sehen die befragten Unternehmen in Niederbayern insbesondere in der Verbesserung des

öffentlichen Personenverkehrs, hier liegt die Zustimmung im Regierungsbezirk bei 70,8 Prozent (im Land hingegen bei 81,6 Prozent). Ein ebenfalls geringerer Handlungsbedarf wird für Maßnahmen zum Ausbau von E-Government und E-Administration gesehen, hier beträgt die Zustimmungsquote der Unternehmen in Niederbayern 68,4 Prozent, im gesamten Land aber 74,0 Prozent. Während sich die bayerischen Unternehmen insgesamt zu 70,7 Prozent wünschen, dass die Unterstützung im Bereich der beruflichen Weiterbildung ausgebaut wird, sind dies in Niederbayern nur 65,6 Prozent.

3.4 Oberpfalz

Die Oberpfalz weist die geringste Bevölkerungsdichte unter allen bayerischen Regierungsbezirken auf. Industrielle Strukturen sind am stärksten im Großraum Regensburg vorhanden; mit der BioRegio Regensburg ist dort auch der zweitstärkste Biotechnologiestandort Bayerns verortet.

3.4.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Oberpfalz liegt mit 73,3 Prozent unterhalb des Mittelwertes für das gesamte Land (74,8 Prozent), hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr nur sehr leicht verschlechtert (die Standortqualität betrug im Vorjahr 73,5 Prozent).

– Die Loyalität der Unternehmen in der Oberpfalz zu ihrem Regierungsbezirk ist mit 77,6 Prozent hingegen deutlich unterdurchschnittlich und stellt den zweitschlechtesten Loyalitätswert unter den sieben Regierungsbezirken dar. Im Vorjahr betrug die Standortloyalität für die Oberpfalz noch knapp 84 Prozent.

– Genau im bayerischen Mittelwert wird die Güte des Regierungsbezirkes Oberpfalz im Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld (Schulnote 3,5) eingeschätzt. Leicht unterhalb des Durchschnittswertes bewerten die befragten Unternehmen das Innovationsumfeld (nämlich mit der Note 2,8 gegenüber dem Mittelwert von 2,7), mit etwas mehr Abstand die Energie und Rohstoffe (mit der Note 3,4 gegenüber dem Mittelwert von 3,2) sowie das Verwaltungshandeln (mit einer Note von 3,9 gegenüber dem Mittelwert von 3,7). Bereits deutlich unterdurchschnittlich wird die Güte der allgemeinen Infrastruktur eingeschätzt (mit einer Note von 3,2 gegenüber dem Mittelwert von 2,9).

– Insgesamt am besten bewertet wird in der Oberpfalz die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,3). Zu den weiteren Bestbewertungen zählt zum einen aus dem Bereich Humankapital die Qualität der Bildungsinfrastruktur (Note 2,5), zum anderen aus dem Bereich der allgemeinen Infrastruktur die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,6). Ebenfalls zu den besten Bewertungen der Unternehmen in der Oberpfalz gehört der Zugang zu Technologien (Note 2,7). Die schlechteste Bewertung hingegen erhält die Höhe der Strompreise (mit einer Note von 4,1), nur leicht besser ist die Einschätzung hinsichtlich des bürokratischen Aufwandes im Bereich des Arbeitsumfeldes (Note 4,0).

– Im Vergleich mit dem Vorjahr hat sich kein Standortfaktor verbessert. Nur minimal schlechter geworden ist die Einschätzung hinsichtlich dreier Faktoren aus dem Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld. So wird der bürokratische Aufwand mit der Note 4,0 bewertet, die Arbeitskosten mit 3,2 und die Qualität der Bildungsinfrastruktur mit 2,5. Am meisten verschlechtert hat sich hingegen die Bewertung der Unternehmen hinsichtlich einer sicheren Rohstoffversorgung (Note 2,9 statt 2,1 im Vorjahr) sowie den Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (Note 3,9 statt 3,3 im Vorjahr).

– Leicht besser als der Mittelwert schneiden die Arbeitskosten (Note 3,2 im Regierungsbezirk Oberpfalz gegenüber 3,3 im Land), ähnlich gut die Qualität der Bildungsinfrastruktur (Note 2,5 in der Oberpfalz gegenüber 2,5 im Land) ab. Der neu abgefragte Standortfaktor der Güte der Förderangebote aus dem Themenbereich des Innovationsumfeldes ist derjenige Aspekt, der im Vergleich mit dem bayerischen Mittel relativ ähnlich gut abschneidet. Die Unternehmen der Oberpfalz vergeben hier die Note 2,7 gegenüber dem Mittelwert von ebenfalls 2,7 über alle sieben Regierungsbezirke. Im Vergleich mit dem bayerischen Mittelwert deutlich schlechter schneiden hingegen die Luftverkehrsinfrastruktur (Note 3,3 gegenüber 2,7 im Mittel), die Sicherheit der Stromversorgung (Note 2,3 gegenüber 2,0 im Mittel) sowie die Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (3,9 gegenüber 3,7 im Mittel) ab.

Tabelle 11
Ergebnisse für die Oberpfalz

	Oberpfalz	**Bayern**
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	77,6	82,3
Standortqualität[2]	73,3	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,5	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,8	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,4	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	3,2	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,9	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.4.2 Abweichungen zum Vorjahr

Aus Sicht der befragten Unternehmen aus der Oberpfalz ist der Handlungsbedarf vor allem dahingehend gestiegen, die konventionellen Kraftwerke als Sicherungsreserve beizubehalten. Lag die Zustimmungsquote hierzu vor einem Jahr bei 40,8 Prozent, so beträgt sie nun 53,5 Prozent. Ebenfalls deutlich gestiegen ist der Bedarf nach einem Ausbau des Angebotes an soziokulturellen Einrichtungen, nämlich von vorjährig 52,5 Prozent auf nun 63,6 Prozent. Auch der Ausbau von E-Government und E-Administration haben aus Unternehmensperspektive an Bedeutung gewonnen, hier beträgt die Zustimmungsquote nun gut 76 Prozent (gegenüber 66,4 Prozent im Vorjahr). Die Unternehmen in der Oberpfalz wünschen sich außerdem verstärkt, dass das Beratungsangebot im Innovationsumfeld verbessert wird, hier stieg die Zustimmungsquote von 58,5 Prozent auf 65,6 Prozent.

Unwichtiger geworden sind für die Unternehmen aus der Oberpfalz vor allem Maßnahmen, die dabei helfen, den bürokratischen Aufwand im Kontext des Mindestlohngesetzes zu reduzieren. So wünschten sich im Vorjahr noch 68,4 Prozent Unterstützung in diesem Bereich, in diesem Jahr sind es nur noch 59,1 Prozent. Auch Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsrechtes benötigen nur noch 65,6 Prozent, verglichen mit 73,3 Prozent im Vorjahr. Und eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur wird nur noch von 70,7 Prozent der Unternehmen als dringend erachtet, während es im Vorjahr noch 75,8 Prozent waren.

3.4.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Für die Unternehmen der Oberpfalz ist es im Vergleich zum bayerischen Mittel deutlich wichtiger, konventionelle Kraftwerke als Reserve zur sicheren Energieversorgung beizubehalten. Hier beträgt die Zustimmungsquote 53,5 Prozent und liegt damit deutlich höher als der Mittelwert von 45,8 Prozent. Auch der zum Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur zählende Aspekt, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum zu ergreifen, erhält mit 78,6 Prozent deutlich mehr Zustimmung als im bayerischen Mittel (73,9 Prozent). Der neu in die Befragung aufgenommene Aspekt des Ausbaus steuerlicher Forschungsförderung, der zum Themenbereich des Innovationsumfeldes gehört, liegt mit 65,9 Prozent über dem Mittelwert über alle Regierungsbezirke (63,3 Prozent).

Hingegen sind den Unternehmen aus der Oberpfalz zwei Maßnahmen aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld deutlich weniger wichtig als den bayerischen Unternehmen insgesamt. Zum einen wird unterstützenden Maßnahmen zur Vermittlung von IT-Kompetenzen nur eine Zustimmungsquote von 47,2 Prozent zuteil, dies ist deutlich weniger als im Landesschnitt (55,0 Prozent). Zum anderen wird in der Oberpfalz auch ein signifikant geringerer Bedarf an Maßnahmen gesehen, die den bürokratischen Aufwand des Mindestlohngesetzes reduzieren. Hier beläuft sich die Zustimmungsquote im Regierungsbezirk auf 59,1 Prozent, in Bayern insgesamt jedoch auf 66,9 Prozent. Und schließlich ist den Unternehmen auch die dezidierte Förderung von gesellschaftlich relevanten

Innovationsfeldern weniger wichtig als im bayerischen Mittel (Zustimmung von knapp 66 Prozent in der Oberpfalz gegenüber 73,6 Prozent in Bayern).

3.5 Oberfranken

Oberfranken ist sowohl flächen- als auch einwohnermäßig der kleinste der sieben bayerischen Regierungsbezirke. Er ist eher ländlich geprägt und verfügt über keine Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die wichtigsten Zentren bzw. Ballungsräume sind Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof. Oberfranken ist als altindustrialisierter Wirtschaftsstandort noch bis heute geprägt durch das produzierende Gewerbe; die größte Branche ist der Maschinenbau.

3.5.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Oberfranken liegt mit 69,6 Prozent deutlich unterhalb des Mittelwertes für das gesamte Land (74,8 Prozent). Unter allen sieben Regierungsbezirken ist dies zugleich der niedrigste Wert, der sich außerdem seit dem Vorjahr (72,7 Prozent) noch einmal verschlechtert hat.

– Zudem liegt auch der Wert für die Standortloyalität mit 77,3 Prozent deutlich unter dem bayerischen Mittelwert (82,3 Prozent) und hat sich ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr (80,7 Prozent) noch einmal verschlechtert. Auch diesbezüglich bildet Oberfranken das Schlusslicht unter den sieben Regierungsbezirken.

– Von den fünf Themenbereichen schneidet lediglich das Verwaltungshandeln (Schulnote 3,6) in Oberfranken etwas besser ab als im gesamten Land (Note 3,7). Die Bewertungen der Unternehmen zum Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld entsprechen mit einer Note von 3,5 genau dem bayerischen Mittelwert. Hingegen liegen die Einschätzungen für die übrigen Themenbereiche allgemeine Infrastruktur (mit einer Note von 3,0 gegenüber 2,9), Innovationsumfeld (mit 2,8 gegenüber 2,7) sowie Energie und Rohstoffe (mit der Note 3,3 gegenüber 3,2) leicht unterhalb des landesweiten Durchschnitts.

– Innerhalb der fünf Themenbereiche schneidet der Standortfaktor der sicheren Stromversorgung am besten ab, hier geben die Unternehmen in Oberfranken eine durchschnittliche Schulnote von 1,9 an. Zu den vier am besten bewerteten Standortfaktoren gehören außerdem zwei Aspekte aus dem Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur. Zum einen wird die Straßenverkehrsinfrastruktur mit der Note 2,6 bewertet, zum anderen erhält die Güte des Angebots an Gewerbe- und Industrieflächen eine Note von 2,7. Den Reigen der besten Standortfaktoren in den Themenbereichen komplettiert die Qualität der Bildungsinfrastruktur (Schulnote 2,7). Mit der schlechtesten Bewertung versehen wird in Oberfranken der Aspekt des bürokratischen Aufwandes, der im Arbeitsumfeld anfällt. Hier wird im Schnitt die Note 4,2 vergeben. Ebenfalls schlecht wird die Höhe der Strompreise mit einer Durchschnittsnote von 4,1 bewertet.

– Im Vergleich zum Vorjahr am meisten verbessert hat sich die Bewertung hinsichtlich der Verfügbarkeit von Absolventen der MINT-Studiengänge. Hier ist die Note von vorjährig 3,4 auf nun 3,2 gestiegen. Merkliche Verbesserungen sind zudem für zwei Aspekte aus dem Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur zu verzeichnen: So stieg die Note für die Güte der Mobilfunkinfrastruktur von 3,3 auf nun 3,1. Ebenfalls verbesserte sich die Note für die Luftverkehrsinfrastruktur in Oberfranken von 3,3 im letzten Jahr auf nun 3,1. Deutlich verschlechtert hat sich aus Sicht der im Regierungsbezirk befragten Unternehmen die Güte von zwei Aspekten des Themenbereiches Energie- und Stromversorgung. Zum einen sank die Note für die Sicherheit der Rohstoffversorgung von 2,0 im Vorjahr auf nun 3,0 rapide. Zum anderen sank die Einschätzung der Strompreishöhe von der Schulnote 3,7 im Vorjahr auf nun 4,1.

– Besser als im bayerischen Durchschnitt schneidet die Bewertung der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren ab. Hier vergeben die Unternehmen in Oberfranken eine durchschnittliche Schulnote von 3,5, während die Bewertung landesweit bei 3,7 liegt. Ebenfalls besser als der Landesschnitt werden im Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld die Arbeitskosten bewertet, hier liegt die Note für Oberfranken bei 3,1 gegenüber 3,3. Und auch die Güte der Mobilfunkinfrastruktur wird mit einer Note von 3,1 besser eingeschätzt als im Landesmittel (Note 3,3). Schlechter hingegen schneiden in Oberfranken vor allem zwei Aspekte ab, die zum Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur gehören. Insbesondere die Luftverkehrsinfrastruktur wird mit einer Note von 3,1 schlechter als im Landesmittel bewertet, das bei einer Note von 2,8 liegt. Aber auch die Güte der soziokulturellen Infrastruktur wird mit einer Note von 2,7 in Oberfranken schlechter eingeschätzt als in allen Regierungsbezirken zusammengenommen (hier liegt die Note bei 2,5). Auch der in diesem Jahr neu erhobene Aspekt der Höhe der Rohstoffpreise, der zum Themenbereich Energie und Rohstoffe gehört, wird in Oberfranken mit einer Note von 4,2 schlechter bewertet als über alle Regierungsbezirke (Note 4,0).

Tabelle 12
Ergebnisse für Oberfranken

	Oberfranken	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	77,3	82,3
Standortqualität[2]	69,6	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,5	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,8	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,3	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	3,0	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,6	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.5.2 Abweichungen zum Vorjahr

Die Unternehmen in Oberfranken sehen insbesondere Handlungsbedarf im Themenbereich Energie und Stromversorgung. Alle vier Verbesserungsvorschläge mit den höchsten Zustimmungszuwächsen sind hier verortet. Am meisten hat die Zustimmungsquote zugenommen für die (auch forschungsgeförderte) Entwicklung, den Aufbau und Ausbau von Speichern. Hier stieg die Zustimmung von 83,2 Prozent im Vorjahr auf nun 91,6 Prozent. Ebenfalls sehr deutlich zugenommen hat die Zustimmung zu Maßnahmen, die zur Beibehaltung konventioneller Kraftwerke beitragen, um damit eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Hier stieg die Zustimmung von 47,9 Prozent auf nun 55,7 Prozent. Auch Verbesserungsvorschläge zum Netzausbau haben an Zustimmung zugelegt, nun stimmen 81,5 Prozent im Vergleich zu 75,6 Prozent im Vorjahr zu.
Und schließlich wünschen sich die befragten Unternehmen des Regierungsbezirkes Oberfranken auch, dass Maßnahmen zur Gestaltung von Rahmenbedingungen ergriffen werden, um die Kosten der Energiewende zu senken. Hier stieg die Zustimmungsquote von 86,5 Prozent im Vorjahr auf nun 91,7 Prozent.

Aus Sicht der Unternehmen gesunken sind insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverkehrsinfrastruktur. Lag im Vorjahr die Zustimmungsquote hier noch bei 33,6 Prozent, so beträgt sie nun nur noch 21,0 Prozent. Geeignete Maßnahmen zur verbesserten und zielgerichteten Ausbildung von Jugendlichen wünschen sich nur noch

73,4 Prozent, ein deutlicher Einbruch gegenüber den 88,3 Prozent des Vorjahres. Und auch die Bedeutung von Maßnahmen zur Gestaltung bzw. Etablierung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Start-Ups ist deutlich unwichtiger geworden, hier sank die Zustimmungsquote von 63,5 Prozent auf nun 54,7 Prozent.

3.5.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Einen deutlich höheren Handlungsbedarf als im gesamten Land sehen die Unternehmen in Oberfranken darin, die Lebenssituation im ländlichen Raum zu verbessern. Hier liegt die Zustimmungsquote im Regierungsbezirk bei 87,6 Prozent, im Mittel aller Regierungsbezirke aber nur bei 73,9 Prozent. Ebenfalls deutlich über dem Landesschnitt liegt die beigemessene Dringlichkeit von Maßnahmen, die zur Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve zählen. Hier beträgt die Zustimmungsquote in Bayern 45,8 Prozent, in Oberfranken jedoch 55,7 Prozent. Auch dem neu in die Befragung aufgenommenen Aspekt, die regulierten Komponenten bei der Strompreisberechnung zu senken, wird in Oberfranken mit 88,7 Prozent mehr Zustimmung beigemessen als im bayerischen Mittel (hier liegt die Zustimmungsquote bei 80,4 Prozent). Dass die oberfränkischen Unternehmen zudem Handlungsbedarf im Ausbau der Straßeninfrastruktur sehen, belegt die mit 78,4 Prozent signifikant höhere Zustimmungsquote als im gesamten Land (Zustimmungsquote hier 70,2 Prozent).

Deutlich geringeren Handlungsbedarf hingegen messen die Unternehmen in Oberfranken Maßnahmen bei, die hinsichtlich der Netzwerkbildung zwischen Unternehmen und Start-Ups zur Verbesserung des Innovationsumfeldes unterstützen sollen. Liegt die Zustimmung hierfür im Landesmittel bei 63,6 Prozent, fällt sie mit 54,7 Prozent für den Regierungsbezirk niedriger aus. Ebenfalls weniger dringlich ist die Sicherung wohnortnaher Schulen, hier liegt die Zustimmungsquote in Oberfranken bei knapp 84,5 Prozent, im bayerischen Mittel jedoch bei 88,4 Prozent. Im Vergleich ebenfalls weniger Zustimmung erfahren Maßnahmen, die den im Zusammenhang mit dem Mindestlohngesetz entstehenden Bürokratieaufwand reduzieren sollen. Hier liegt die Zustimmungsquote in Oberfranken bei 63,5 Prozent, in Bayern insgesamt bei 66,8 Prozent.

3.6 Mittelfranken

Mittelfranken hat mit seinen Städten Nürnberg, Fürth und Erlangen maßgeblichen Anteil am Agglomerationsraum „Metropolregion Nürnberg“ und profitiert zusätzlich noch von seiner zentralen Lage in Bayern. Die industrielle Struktur des Regierungsbezirks wird durch den Maschinenbau sowie die Energie- und Elektrotechnik wesentlich geprägt; die drittgrößte Branche ist die Elektronik- und EDV-Geräteindustrie. Der Dienstleistungssektor hat einen leicht höheren Anteil als in Bayern insgesamt.

3.6.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Mittelfranken beträgt 76,7 Prozent und ist damit die zweitbeste unter allen sieben Regierungsbezirken. Damit liegt sie recht deutlich über dem bayerischen Mittelwert (74,8 Prozent) und hat zudem im Vergleich zum Vorjahr (da betrug die Standortqualität noch 75,1 Prozent) zugelegt.

– Die Standortloyalität in Mittelfranken erzielt mit 89,8 Prozent den mit Abstand höchsten Wert unter allen sieben Regierungsbezirken. Er liegt damit sehr klar über dem bayerischen Mittelwert (82,3 Prozent) und hat im Vorjahresvergleich (88,3 Prozent) kräftig zugelegt.

– Die Einschätzungen der Unternehmen in Mittelfranken hinsichtlich der Güte der fünf Themenbereiche schwanken um die bayerischen Mittelwerte. So schätzen die Unternehmen im Regierungsbezirk den Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld mit einer Note von 3,5 genauso ein wie im Landesmittel (Note 3,5). Bezüglich der Bereiche allgemeine Infrastruktur (mit einer Note von 2,9), Energie und Rohstoffe (mit einer Note von 3,2) sowie Verwaltungshandeln (mit einer Note von 3,7) liegt Mittelfranken genau im Mittel des gesamten Landes. Lediglich hinsichtlich der Güte des Bereiches Innovationsumfeld schätzen die Unternehmen die Bedingungen im Regierungsbezirk mit einer Note von 2,8 gegenüber dem bayerischen Mittelwert von 2,7 leicht schlechter ein.

– Innerhalb der fünf Themenbereiche bewerten die befragten Unternehmen die Sicherheit der Stromversorgung am höchsten, hier vergeben sie die Schulnote 2,0. Ebenfalls hoch bewertet werden Standortfaktoren, die zur Infrastruktur gehören. So wird die Güte der soziokulturellen Infrastruktur in Mittelfranken mit 2,5 bewertet, die Qualität der Bildungsinfrastruktur findet ebenfalls hohen Zuspruch mit einer Note von 2,5 und die Luftverkehrsinfrastruktur erhält die Note 2,6. Am schlechtesten schneiden zwei Faktoren aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld ab, nämlich der bürokratische Aufwand (Schulnote 4,2) sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften (Note 3,9).

– Allerdings liegen auch zwei der drei Standortfaktoren mit den größten Verbesserungssprüngen im Vergleich zum Vorjahr im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld. Die Arbeitskosten wurden im Vorjahr noch mit 3,4 bewertet, in diesem Jahr jedoch besser mit 3,2. Und auch die Qualität der Bildungsinfrastruktur schneidet nun besser ab: lag sie im Vorjahr noch bei einer Note von 2,8, so wird sie nun mit 2,5 bewertet. Ebenfalls eine leichte Verbesserung hat auch die Qualität der Mobilfunkinfrastruktur gemacht, die nun mit 3,3 (statt 3,4 im Vorjahr) bewertet wird. Hingegen deutlich verschlechtert haben sich aus Sicht der Unternehmen in Mittelfranken nun die Sicherheit der Rohstoffversorgung (von 2,1 im Vorjahr nun auf 3,1) sowie die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (von 2,1 im Vorjahr auf nun 2,5).

– Insbesondere die Luftverkehrsinfrastruktur wird in Mittelfranken besser bewertet als im bayerischen Mittel. In Mittelfranken erhält dieser Aspekt die Schulnote 2,6, im gesamten Land hingegen eine 2,8. Auch stellen die Unternehmen der Verwaltung in

Mittelfranken ein tendenziell besseres Zeugnis aus, was Fortschritte im Bereich der Digitalisierung angeht. Hier vergeben die Unternehmen für die Region eine Note von 3,6, die für Bayern insgesamt leicht schlechter bei 3,7 liegt. Und auch die Bewertung der Arbeitskosten fällt in Mittelfranken mit 3,2 leicht besser aus als im gesamten Land (Note 3,3). Allerdings sehen die befragten Unternehmen den Regierungsbezirk auch in einigen Punkten etwas schlechter aufgestellt als die anderen Bezirke. So wird insbesondere die Sicherheit der Rohstoffversorgung (mit einer Note von 3,1) kritischer gesehen als in Bayern insgesamt (wo die Unternehmen eine Note von 2,9 vergeben). Auch die Verfügbarkeit von Absolventen der MINT-Fachrichtungen wird in Mittelfranken schlechter eingeschätzt (mit einer Note von 3,4 gegenüber 3,2 im bayerischen Mittel). Schließlich wird auch die Güte der digitalen Infrastruktur in Mittelfranken schlechter bewertet als im bayerischen Mittel (Note 3,4 gegenüber 3,3).

Tabelle 13
Ergebnisse für Mittelfranken

	Mittelfranken	**Bayern**
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	89,8	82,3
Standortqualität[2]	76,7	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,5	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,8	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,2	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	2,9	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,7	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.6.2 Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr sehen die Unternehmen in Mittelfranken einen deutlich gestiegenen Handlungsbedarf beim Netzausbau. Lag die Zustimmungsquote im vergangenen Jahr bei 70,8 Prozent, so ist sie in diesem Jahr sehr deutlich auf 84,9 Prozent gestiegen. Ähnlich deutlich ist auch der Aspekt von Entwicklung, Aufbau und Ausbau von Speichern (auch mittels unterstützender Maßnahmen der Forschungsförderung) in der Relevanz gestiegen, hier beträgt die Zustimmungsquote nun 85,6 Prozent nach 74,2 Prozent im

Vorjahr. Auch wünschen sich die Unternehmen im Regierungsbezirk Mittelfranken mehr Unterstützung als noch im Vorjahr durch Maßnahmen, die den bürokratischen Aufwand des Mindestlohngesetzes reduzieren; hier stieg die Zustimmungsquote von 63,0 Prozent auf 71,3 Prozent. Zu den vier Maßnahmenbereichen, die im Vergleich zum Vorjahr am deutlichsten an Relevanz gewonnen haben, gehören schließlich auch Aktivitäten, die die Verbesserung der Schieneninfrastruktur zum Ziel haben. Hier stieg die Zustimmung von 61,7 Prozent auf nun 69,8 Prozent.

In der Relevanz gesunken sind im Jahresvergleich insbesondere zwei Maßnahmen aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld. So wurden Verbesserungen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ab 50 Jahren im Vorjahr noch mit einer Zustimmungsquote von 76,7 Prozent belegt, in diesem Jahr hingegen nur noch mit 67,7 Prozent. Und auch Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität im Arbeitsrecht sind weniger wichtig geworden, hier fiel die Zustimmung von 70,6 Prozent im Vorjahr auf nun nur noch 62,3 Prozent. Mit einheitlichen Ansprechpartnern bei den Kommunen zu tun zu haben ist den befragten Unternehmen in Mittelfranken ebenfalls nicht mehr so wichtig wie im Vorjahr, die Quote sank von 80,8 Prozent auf nunmehr 72,9 Prozent.

3.6.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Für die befragten Unternehmen in Mittelfranken besteht insbesondere hinsichtlich zweier Aspekte aus dem Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur ein höherer Handlungsbedarf als im bayerischen Mittel. Zum einen werden Verbesserungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs als dringlich empfunden, hier liegt die Zustimmungsquote in Mittelfranken bei 86,9 Prozent (verglichen mit 81,6 Prozent im gesamten Land). Auch die Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung rückt in den Dringlichkeitsfokus, hier weicht die Zustimmung (in Mittelfranken 95,3 Prozent, im bayerischen Mittel 90,5 Prozent) von der Zustimmung im Land ab. Zudem ist den Unternehmen in Mittelfranken der Ausbau von E-Government und E-Administration mit einer Zustimmung von 79,1 Prozent wichtiger als den bayerischen Unternehmen im Mittel (hier beträgt die Zustimmungsquote 74,0 Prozent). Schließlich legt man in Mittelfranken auf Maßnahmen, die den gestiegenen bürokratischen Aufwand aufgrund des Mindestlohngesetzes reduzieren sollen, mit einer Zustimmung von 71,3 Prozent etwas mehr wert als im gesamten Land (Zustimmungsquote 66,8 Prozent).

Weniger dringlich sind für die Unternehmen in Mittelfranken hingegen zwei Aspekte aus dem Themenbereich Energie und Stromversorgung. Stimmen im Landesmittel 45,8 Prozent der Unternehmen zu, dass konventionelle Kraftwerke zur Sicherung der Energieversorgung beibehalten werden sollen, so sind dies in Mittelfranken nur 36,8 Prozent. Auch der in diesem Jahr neu erfragte Aspekt, regulierte Komponenten als Bestandteile der Strompreise zu senken, erhält in Mittelfranken 72,6 Prozent Zustimmung, im bayerischen Mittel aber 80,4 Prozent. Auch der ebenfalls neu zum Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld gehörende Aspekt, sachgrundlose Befristungen zu erleichtern, wird in Mittelfranken mit einer Zustimmungsquote von 35,9 Prozent belegt, im bayerischen Mittel jedoch mit 43,1 Prozent.

3.7 Unterfranken

Unterfrankens wirtschaftliche Schwerpunkte liegen im großindustriell geprägten Schweinfurt, dem Dienstleistungs- und Handelszentrum Würzburg sowie Aschaffenburg. Der Maschinenbau stellt im Regierungsbezirk Unterfranken mit Abstand die größte Industriebranche dar, gefolgt von der Automobil- und Zulieferindustrie. Die Land- und Forstwirtschaft hat ein leicht überdurchschnittliches Gewicht im Vergleich zu Bayern insgesamt.

3.7.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität im Regierungsbezirk Unterfranken liegt mit 75,3 Prozent leicht über dem bayerischen Mittelwert von 74,8 Prozent und ist leicht gegenüber dem Vorjahreswert (74,3 Prozent) gestiegen.

– Auch die Standortloyalität der Unternehmen aus Unterfranken liegt mit 84,0 Prozent über dem bayerischen Mittelwert (82,3 Prozent). Allerdings ist dieser Wert im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen, damals lag er noch bei 85,0 Prozent.

– Hinsichtlich der abgefragten zentralen fünf Themenbereiche schneidet Unterfranken sehr nah am bayerischen Durchschnitt ab. Leicht besser erfolgt die Bewertung in den Bereichen Humankapital und Arbeitsumfeld (hier erhält Unterfranken die Schulnote 3,4, verglichen mit dem bayerischen Mittelwert von 3,5) sowie Energie und Rohstoffe (Schulnote 3,1 in Unterfranken gegenüber 3,2 im gesamten Land). Genau im Durchschnitt bewegen sich die Bewertungen zu den Themenbereichen Innovationsumfeld (Note 2,7) sowie Verwaltungshandeln (Note 3,7). Leicht unterhalb des bayerischen Durchschnitts bewerten die Unternehmen in Unterfranken den Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur (mit 3,0 statt 2,9 im bayerischen Mittel).

– Innerhalb der fünf Themenbereiche schneidet die Sicherheit der Stromversorgung mit einer Schulnote von 2,3 am besten ab. Zu den weiteren überdurchschnittlich gut bewerteten Standortfaktoren gehören die Güte der Straßenverkehrsinfrastruktur sowie mit einem positiven, technikfreundlichen Innovationsklima und einem guten Zugang zu Technologien (alle Note 2,5) auch zwei Aspekte aus dem Bereich des Innovationsumfeldes. Am schlechtesten innerhalb der fünf zentralen Themenbereiche bewerten die Unternehmen in Unterfranken hingegen den bürokratischen Aufwand im Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld (Note 4,0) sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften (Note 3,9); beide Aspekte gehören zum Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld.

– Im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert hat sich die Bewertung des Zugangs zu Technologien. Im Vorjahr noch mit der Note 2,9 versehen, wurde in diesem Jahr die Note 2,5 vergeben. Ebenfalls wird von den Unternehmen aus Unterfranken die Verfügbarkeit von MINT-Absolventen besser bewertet als noch im Vorjahr (Note 3,1 gegenüber 3,3 vor einem Jahr). Die Güte der Mobilfunkinfrastruktur gehört aus Unternehmensperspektive ebenfalls zu den drei Faktoren, die sich im Jahresverlauf

am meisten verbessert haben; hier stieg die Note von 3,4 auf 3,1. Am deutlichsten verschlechtert hingegen haben sich zwei Faktoren aus dem Themenbereich Energie- und Stromversorgung. So wird die Sicherheit der Rohstoffversorgung nur noch mit einer Note von 2,9 bewertet (statt einer Note von 2,1 im Vorjahr), und die Sicherheit der Stromversorgung nur noch mit 2,6 (statt einer Note von 1,8 im Vorjahr). Trotz dieser deutlichen Verschlechterung ist der Standortfaktor der sicheren Stromversorgung aber immer noch der Aspekt mit der höchsten Einzelbewertung.

– Deutlich besser als im bayerischen Mittel bewerten die Unternehmen in Unterfranken die proaktive Unterstützung von Unternehmensaktivitäten im Bereich Innovation. Für diesen neuen, in der aktuellen Umfrage zum ersten Mal erhobenen Standortfaktor wird in Unterfranken die Note 2,7 vergeben, während sie im bayerischen Mittel nur 3,0 beträgt. Auch zwei Standortfaktoren aus dem Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur werden in Unterfranken besser als im gesamten Land bewertet, nämlich zum einen die Güte der Mobilfunkinfrastruktur (mit einer Note von 3,1 in Unterfranken gegenüber einer Note von 3,3 im bayerischen Mittel) sowie zum anderen die Güte der Straßenverkehrsinfrastruktur (mit einer Note von 2,5 in Unterfranken gegenüber einer Note von 2,7 im bayerischen Mittel). Vergleichsweise schlechter als im bayerischen Mittel hingegen wurde ein Aspekt aus dem Themenbereich Energie- und Stromversorgung eingeschätzt, nämlich die Sicherheit der Stromversorgung (die in Unterfranken mit einer Note von 2,3, im gesamten Land hingegen mit 2,1 bewertet wird). Zu demselben Themenbereich gehört auch die Sicherheit der Rohstoffversorgung, die ebenfalls leicht negativ vom bayerischen Mittelwert abweicht (Note 2,9).

Tabelle 14
Ergebnisse für Unterfranken

	Unterfranken	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	84,0	82,3
Standortqualität[2]	75,3	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,4	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,6	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,2	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	2,8	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,7	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.7.2 Abweichungen zum Vorjahr

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass im Vergleich zum Vorjahr zwei der vier Verbesserungswünsche, die am deutlichsten an Relevanz gewonnen haben, aus dem Themenbereich Energie und Rohstoffe stammen. Aus Sicht der Unternehmen aus Unterfranken sind insbesondere Maßnahmen, die zur Beibehaltung konventioneller Kraftwerke zur Sicherung der Energieversorgung beitragen, deutlich relevanter geworden. Sie werden in diesem Jahr mit einer Zustimmungsquote von 44,5 Prozent belegt, im letzten Jahr nur mit 26,7 Prozent. Auch der Netzausbau hat signifikant an Zustimmung gewonnen, hier stieg die Quote von 73,3 Prozent im Vorjahr auf nun 82,8 Prozent. Daneben haben Maßnahmen, die die Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 unterstützen, an Bedeutung gewonnen, die Zustimmungsquote stieg im Vergleich zum Vorjahr hier von 65,6 Prozent auf 81,8 Prozent. Schließlich ist den befragten Unternehmen in Unterfranken auch wichtiger geworden, dass ausreichend Investitionen in die Straßenverkehrsinfrastruktur getätigt werden. Die Zustimmungsquote lag im Vorjahr hier bei 60,8 Prozent und stieg in diesem Jahr auf 74,7 Prozent.

Deutlich weniger Handlungsbedarf sieht man hingegen in einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Hier lag die Zustimmungsquote im Vorjahr noch bei 77,5 Prozent, nun nur noch bei 62,6 Prozent. Ebenfalls nachgelassen hat für die Unternehmen aus Unterfranken auch die Relevanz von Maßnahmen, die auf die Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen

Raum abzielen. Hier sank die Zustimmungsquote von 83,3 Prozent im Vorjahr auf nun 78,8 Prozent. Im Vorjahr war den Unternehmen im Regierungsbezirk noch zu 56,3 Prozent wichtig, dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen dann eingeschränkt wird, wenn sie in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten. Diese Zustimmung ist in diesem Jahr auf 52,6 Prozent gesunken und hat damit unter allen genannten Verbesserungsmaßnahmen am drittmeisten an Relevanz verloren.

3.7.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Vergleicht man die von den Unternehmen aus Unterfranken vorgenommene Bewertung der vorgestellten Verbesserungs- und Handlungsmaßnahmen mit der Bewertung im bayerischen Mittel, dann wird insbesondere vier Aspekten im Regierungsbezirk eine deutlich höhere Relevanz beigemessen als im gesamten Land. So sehen die Unternehmen aus Unterfranken einen deutlich höheren Handlungsbedarf vor allem für Maßnahmen, die die Beschäftigung von älteren Fachkräften ab 50 Jahren erleichtern. Hier liegt die Zustimmungsquote bei 81,2 Prozent, im gesamten Landesgebiet hingegen nur bei knapp 72 Prozent. Auch hinsichtlich eines anderen Aspektes aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld wird im Regierungsbezirk ein deutlich höherer Handlungsbedarf gesehen als im bayerischen Mittel: Maßnahmen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwandes, der im Zuge des Mindestlohngesetzes anfällt, stimmen die Unternehmen in Unterfranken mit 73,2 Prozent zu, im bayerischen Mittel nur mit 66,8 Prozent. Daneben sehen 80,6 Prozent der Unternehmen einen hohen Handlungsbedarf darin, dass insbesondere gesellschaftlich relevante Innovationsfelder öffentlich gefördert werden. Im gesamten Land liegt die Zustimmungsquote hier nur bei 73,6 Prozent. Und auch hinsichtlich eines weiteren Aspektes aus dem Themenbereich Innovationsumfeld unterscheidet sich die beigemessene Relevanz in Unterfranken von dem bayerischen Mittelwert: Unternehmen in Unterfranken wünschen sich zu 68,7 Prozent mehr Unterstützung bei der Etablierung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Start-Ups, im bayerischen Mittel sind dies lediglich 63,6 Prozent.

Hingegen wird der Handlungsbedarf vor allem hinsichtlich dreier Aspekte in Unterfranken als geringer bewertet als im bayerischen Mittel, von denen zwei im Themenbereich Verwaltungshandeln verortet sind. So zählen 74,0 Prozent der bayerischen Unternehmen insgesamt solche Maßnahmen als relevant an, die zum Ausbau von E-Government und E-Administration beitragen. In Unterfranken sind dies hingegen nur 67,7 Prozent. Und auch die Höhe des Handlungsbedürfnisses hinsichtlich der Etablierung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene wird unterschiedlich bewertet. In Unterfranken messen 68,7 Prozent der befragten Unternehmen diesem Aspekt eine hohe Relevanz bei, im bayerischen Mittel sind es hingegen 74,4 Prozent. Schließlich bestehen nennenswerte Unterschiede auch bezüglich der Einschätzung von Maßnahmen, die auf eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts abzielen. In Unterfranken besteht hoher Handlungsbedarf hierzu für 62,6 Prozent der Unternehmen, im bayerischen Mittel dagegen für 67,9 Prozent.

3.8 Schwaben

Schwaben ist sowohl flächen- als auch einwohnermäßig einer der größten der sieben bayerischen Regierungsbezirke (Platz 3 bzw. Platz 2). Er wird wirtschaftlich vom produzierenden Gewerbe, insbesondere dem Maschinenbau geprägt, gefolgt vom Ernährungsgewerbe und der Herstellung von Metallerzeugnissen. Die forschungsintensive Luft- und Raumfahrtindustrie bildet mit ca. 15.000 Beschäftigten einen regionalen Schwerpunkt. Etwa ein Drittel der (bayerisch-)schwäbischen Wirtschaftskraft wird im Wirtschaftsraum Augsburg generiert; die Landkreise Neu-Ulm und Donau-Ries haben ebenfalls einen hohen Anteil an der Wirtschaftsleistung.

3.8.1 Bewertung der Standortqualität und -loyalität

– Die Standortqualität des Regierungsbezirkes Schwaben liegt mit 76,0 Prozent über dem bayerischen Mittelwert von 74,8 Prozent. Damit ist dies der dritthöchste Qualitätswert, der in diesem Jahr für einen Bezirk erreicht wird. Allerdings ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr recht stark gesunken, damals betrug er 79,0 Prozent.

– Hingegen fällt die Standortloyalität ganz leicht unterdurchschnittlich aus, hier erreicht der Regierungsbezirk einen Wert von 82,1 Prozent (im Vergleich zum bayerischen Mittelwert von 82,3 Prozent). Auch der Loyalitätswert hat im Vergleich zum Vorjahr sehr deutlich nachgelassen, damals lag er noch bei 89,2 Prozent.

– Hinsichtlich der fünf Themenbereiche bewegen sich die Bewertungen allesamt recht nah am bayerischen Mittelwert. So liegt die von den befragten Unternehmen festgestellte Güte in den Themenbereichen Humankapital und Arbeitsumfeld (mit der Note 3,4 bewertet gegenüber dem bayerischen Mittel von 3,5) und Energie und Rohstoffe (Note 3,1 gegenüber 3,2 im bayerischen Mittel) leicht oberhalb der Bewertung über das gesamte Land. In den Themenbereichen Innovationsumfeld (mit der Note 2,7) und Verwaltungshandeln (mit der Note 3,7) liegt die Einschätzung der Unternehmen in Schwaben genau im Bereich des bayerischen Mittels, lediglich im Themenbereich allgemeine Infrastruktur (Note 3,0 in Schwaben gegenüber 2,9 in Bayern) liegt die Bewertung leicht unterhalb des Mittelwertes.

– Die beste Bewertung innerhalb der fünf Themenbereiche vergeben die befragten Unternehmen in Schwaben für die Sicherheit der Stromversorgung, die die Note 2,0 erhält. Daneben gehören auch die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (Note 2,4), der Zugang zu Technologien (Note 2,5) sowie die Qualität der Bildungsinfrastruktur (ebenfalls mit der Note 2,5) zu den besten Einzelbewertungen. Am anderen Ende der Skala rangieren zwei Standortfaktoren aus den Bereichen Humankapital und Arbeitsumfeld sowie Energie und Rohstoffe: der bürokratische Aufwand, der im Bereich des Arbeitsumfeldes grundsätzlich anfällt, wird mit 3,9 bewertet, die Höhe der Strompreise ebenfalls mit 3,9.

– Allerdings gehört der bürokratische Aufwand ebenfalls zu den Standortfaktoren in Schwaben, die sich im Vergleich zum Vorjahr relativ am meisten verbessert haben, damals lag die Einschätzung noch bei einer Note von 4,0. Ebenfalls zu den drei Aspekten mit der relativ höchsten Verbesserung in Schwaben gehört mit der Verfügbarkeit von MINT-Absolventen (Note 3,1 gegenüber einer Note von 3,2 im Vorjahr) ein weiterer Aspekt aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld. Vergleichsweise ganz leicht verbessert steht zudem die Existenz von Forschungs- und Innovationsnetzwerken dar, die nun mit einer Note von 2,6 (im Vergleich zu gerundeten 2,6 im Vorjahr) bewertet wird. Vergleichsweise stark verschlechtert hat sich zum einen die Sicherheit der Rohstoffversorgung (mit 2,8 gegenüber 2,1 im Vorjahr) sowie die Güte der soziokulturellen Infrastruktur (mit 2,4 gegenüber 2,1 im Vorjahr).

– Im Vergleich zum bayerischen Mittel steht der Regierungsbezirk Schwaben insbesondere bei drei Standortfaktoren aus unterschiedlichen Themenbereichen relativ besser da. So wird die Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte aus dem Themenbereich Humankapital und Arbeitsumfeld in Schwaben mit 3,5, im bayerischen Mittel nur mit 3,7 bewertet. Die Sicherheit der Rohstoffversorgung erhält in Schwaben die Note 2,8, im gesamten Land hingegen die Note 2,9, und die Existenz von Forschungs- und Innovationsnetzwerken wird in Schwaben mit 2,6, im bayerischen Mittel mit 2,7 bewertet. Dagegen sind diejenigen Aspekte, die in Schwaben vergleichsweise schlechter als im bayerischen Mittel eingeschätzt werden., allesamt im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur verortet. So erhält die Schieneninfrastruktur in Schwaben eine Note von 3,5, hingegen im bayerischen Mittel eine 3,4. Die Mobilfunkinfrastruktur wird mit 3,4 ebenfalls schlechter eingeschätzt als im gesamten Land (dort beträgt der Mittelwert 3,3), und auch die Luftverkehrsinfrastruktur wird mit 2,8 leicht schlechter eingeschätzt als im bayerischen Mittel (Note 2,8).

Tabelle 15
Ergebnisse für Schwaben

	Schwaben	Bayern
Standortbewertung		
Standortloyalität[1]	82,1	82,3
Standortqualität[2]	76,0	74,8
Humankapital und Arbeitsumfeld[3]	3,4	3,5
Innovationsumfeld[3]	2,7	2,7
Energie und Rohstoffe[3]	3,1	3,2
allgemeine Infrastruktur[3]	3,0	2,9
Verwaltungshandeln[3]	3,7	3,7

1) Zustimmungsquote in Prozent.
2) Punktwerte 0 (sehr schlecht) bis 100 (sehr gut).
3) Bewertung in Schulnoten.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

3.8.2 Abweichungen zum Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere der von den Unternehmen in Schwaben konstatierte Handlungsbedarf im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur gestiegen. Drei der vier Maßnahmen mit der höchsten gestiegenen Zustimmung liegen in diesem Feld. So wünschen sich die Unternehmen vor allem zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots im öffentlichen Personenverkehr, hier stieg die Zustimmungsquote im Vorjahresvergleich von 71,4 Prozent auf 86,8 Prozent. Deutlich gestiegen ist auch die Relevanz von Maßnahmen, die ein hinreichendes Angebot an soziokulturellen Einrichtungen sicherstellen, hier stieg die Zustimmungsquote von 53,3 Prozent im Vorjahr auf nun 66,1 Prozent. Und auch die Sicherstellung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen hat an Bedeutung aus Sicht der Unternehmen zugelegt, nämlich von 75,8 Prozent im Vorjahr auf nun 87,6 Prozent. Zu den vier Aspekten, die im Regierungsbezirk Schwaben den höchsten Anstieg an Relevanz aufweisen, gehört schließlich auch der Wunsch nach Maßnahmen, die ein hilfreiches Beratungsangebot im Innovationsumfeld sicherstellen. Hier stieg die Zustimmungsquote von letztjährig 63,5 Prozent auf nun 75,3 Prozent.

Deutlich gesunken ist hingegen aus Sicht der Unternehmen in Schwaben der Handlungsbedarf bezüglich Maßnahmen, die zur Unterstützung von Netzwerken zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Innovationsumfeld beitragen. Hier sank die Zustimmungsquote im Jahresvergleich von 71,2 Prozent auf nun 63,4 Prozent. Auch die

Beibehaltung von konventionellen Kraftwerken zur Sicherung der Stromversorgung wird mit einer Zustimmungsquote von 40,0 Prozent nicht mehr so wichtig erachtet wie im Vorjahr, wo die Quote noch 47,0 Prozent betrug. Schließlich ist den Unternehmen im Regierungsbezirk Schwaben auch die Etablierung einheitlicher Ansprechpartner auf kommunaler Ebene nicht mehr so wichtig, wie die gesunkene Zustimmungsrate von 78,2 Prozent auf 74,5 Prozent bezeugt.

3.8.3 Abweichungen zum bayerischen Mittelwert

Höheren Handlungsbedarf als im bayerischen Mittel konstatieren die in diesem Jahr befragten Unternehmen in Schwaben insbesondere bei der Unterstützung in der Vermittlung bedarfsorientierter IT-Kompetenzen. Liegt die Zustimmungsquote diesbezüglich im bayerischen Mittel bei 55,0 Prozent, so weist sie im Regierungsbezirk hingegen 64,1 Prozent auf. Auch wünschen sich die Unternehmen in Schwaben noch mehr als im bayerischen Mittel, dass das Beratungsangebot für eine zielgerichtete Innovationsförderung ausgebaut wird (hier liegt die Quote bei 75,3 Prozent in Schwaben gegenüber 68,1 Prozent im bayerischen Mittel). Der neu in die Befragung aufgenommene Aspekt, die regulierten Preiskomponenten beim Strompreis zu senken, haben für die Unternehmen in Schwaben ebenfalls eine höhere Relevanz als für die Unternehmen im gesamten Land, wie die Zustimmungsquote von 85,9 Prozent gegenüber 80,4 Prozent im bayerischen Mittel zeigt. Schließlich wird in Schwaben auch der Sicherstellung eines hinreichenden Angebotes im öffentlichen Personenverkehr ein höherer Handlungsbedarf beigemessen als im gesamten Land (86,8 Prozent gegenüber 81,6 Prozent).

Demgegenüber sehen die Unternehmen in Schwaben insbesondere im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur eine gesunkene Relevanz für Handlungsmaßnahmen. So liegt die Zustimmungsquote hier bei 79,3 Prozent für den Regierungsbezirk, verglichen mit 85,6 Prozent im bayerischen Mittel. Auch hinsichtlich der Verbesserung der Lebenssituation im öffentlichen Raum besteht für nur 67,9 Prozent der Unternehmen in Schwaben Handlungsbedarf, während es im gesamten Land 73,9 Prozent sind. Und schließlich erachten 40,0 Prozent der Unternehmen im Regierungsbezirk Schwaben die Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve als Feld mit hohem Handlungsbedarf, während es im bayerischen Mittel 45,8 Prozent sind.

4 Das größte Standorthemmnis in Bayern

Aufwändige Bürokratie, Fachkräftemangel und ausbaufähige Breitbandinfrastruktur werden als größte Standorthemmnisse angesehen.

Im Rahmen der diesjährigen Befragung wurden die Unternehmen auch gebeten, das aus ihrer Sicht größte Standorthemmnis Bayerns anzugeben. Abbildung 4 stellt die häufigsten Nennungen der Unternehmen in Form einer Wortwolke dar. Je öfter ein Standorthemmnis genannt wurde, desto größer und zentraler wird es in der Wortwolke dargestellt. Für eine möglichst übersichtliche Darstellung wurden die offenen Antworten der Unternehmen zunächst kategorisiert und Oberthemen zugeordnet.

Abbildung 4
Das größte Standorthemmnis in Bayern

Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Die Antworten der Unternehmen spiegeln die in den vorangegangenen Kapiteln detailliert aufgeführten Bewertungen der Standortfaktoren klar wider und führen zu einem eindeutigen Ergebnis: Von den 719 befragten Unternehmen, die die Frage nach dem größten Standorthemmnis in Bayern beantwortet haben, fallen 159 Nennungen unmittelbar in den Themenbereich Bürokratie. Zählt man noch die Themenbereiche Verwaltung (43 Nennungen), Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Politik (jeweils 31 Nennungen) dazu, entfällt mehr als jede dritte offene Nennung auf das Feld der Bürokratie. Dazu passt, dass die Unternehmen den bürokratischen Aufwand im Rahmen der Bewertung der Standortfaktoren mit der Schulnote 4,0 bewertet haben, Zulassungs- und Genehmigungsverfahren mit der Note 3,7 und das unbürokratische Verhalten öffentlicher Stellen ebenfalls mit der Note 3,7. Dass sich zu langwierige und umständliche Verfahren negativ auf die Wirtschaftsleistung auswirken, untermauern aktuelle Berechnungen der IW Consult: Demnach üben insbesondere die Anzahl an notwendigen Verfahren zur Eintragung von Eigentum sowie die Anzahl der Verfahren zu Eintragung eines Unternehmens einen negativen Einfluss auf die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts sowie auf die Anzahl der Neugründungen aus. Konkret bedeutet dies beispielsweise, dass jedes weitere neu eingeführte Verfahren zur Eintragung eines Unternehmens in Deutschland durchschnittlich zu knapp 2.700 weniger Neugründungen pro Jahr führt.

An zweiter und dritter Stelle folgen mit dem Fachkräftemangel (87 Nennungen) und der Breitbandinfrastruktur (52) ebenfalls Standorthemmnisse, die bereits im Rahmen der Standortbewertung klar moniert wurden: Die Verfügbarkeit von Fachkräften sowie qualifizierten Nachwuchskräften wurde von den befragten Unternehmen in der Standortfaktorenbewertung mit der Note 3,9 (Fachkräfteverfügbarkeit) respektive 3,7 (Nachwuchskräfteverfügbarkeit) bewertet.

Neben der Breitbandinfrastruktur sehen die Unternehmen auch im Bereich Verkehrsinfrastruktur klaren Verbesserungsbedarf. Oftmals wird kritisiert, dass der ländliche Raum unzureichend angebunden ist, sowohl in Bezug auf das Straßenverkehrsnetz als auch mit Blick auf das Schienennetz. Auch diese Nennungen stehen im Einklang mit den Unternehmensangaben aus den bereits diskutierten Verbesserungsvorschlägen: Mit der Sicherung wohnortnaher Schulen und Kitas sowie der Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung, der Breitbandinitiative und dem Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur entfallen gleich vier der fünf häufigsten gewählten Verbesserungsvorschlägen auf diesen (erweiterten) Infrastrukturbereich.

Insbesondere zwei Antworten verdeutlichen die Sicht der Unternehmen auf die infrastrukturellen Standorthemmnisse exemplarisch. So hob ein Unternehmen die Bedeutung von Hafenneubauten in Bayern hervor, während ein anderes Unternehmen auf das in den letzten Jahren entstandene Problem von Niedrigwasser in den Flüssen und dessen negativen Auswirkungen auf die Lieferketten hinwies.

Auch die in der Befragung kritisierte Höhe von Strom- und Rohstoffpreisen spiegelt sich in den offenen Unternehmensantworten wider: Steigende Energiepreise stellen eine substanzielle Hürde für die Unternehmen dar. Im Bereich der Kosten werden zudem Lohn- und Personalkosten von vielen Unternehmen als relevantes Hemmnis wahrgenommen.

Als zu hoch empfundene Gewerbesteuern und Sozialabgabenbelastungen für Arbeitgeber vervollständigen das diesbezügliche Bild.

Zusammenfassend nennen die Unternehmen auf die Frage nach den größten Standorthemmnissen zwar mit den Themenbereichen Bürokratie, Fachkräftemangel, Infrastruktur und Kosten gleich mehrere konkrete Faktoren. Jedoch wird immer wieder auch auf die grundsätzlich hohe Zufriedenheit der Unternehmen mit den existierenden Rahmenbedingungen in Bayern hingewiesen. Mit immerhin 42 Nennungen für die Antwortoption „kein Hemmnis“ ist dies die fünfthäufigste genannte Kategorie, explizite Formulierungen wie „In Bayern läuft´s“ oder „Vielmals besser als andere Bundesländer“ unterstreichen dies.

5 Längsschnittanalyse

Der Standortfaktor der allgemeinen Infrastruktur ist entscheidend: Effekte sowohl für die heutige Standortbewertung als auch für die künftige Wettbewerbsposition.

Die Befragung der Unternehmensperspektiven wird bereits seit dem Jahr 2013 jährlich unter bis zu 800 bayerischen Unternehmen durchgeführt. Seit dem Start der Panelbefragung haben im Zeitraum von 2013 bis 2021 insgesamt 2.416 verschiedene Unternehmen an der Befragung teilgenommen, dabei jedes Unternehmen durchschnittlich dreimal. Damit liegt ein umfassender Datenbestand vor, der aufschlussreiche intertemporale Panelregressionen zur Erstellung einer Längsschnittanalyse zulässt.

Panelregressionen bieten im Vergleich zu herkömmlichen Querschnittsregressionen den entscheidenden Vorteil, dass für unbeobachtete Heterogenität der Paneleinheiten kontrolliert werden kann. Ein Beispiel für unbeobachtete Panelheterogenität könnte der allgemeine Erfolg der befragten Unternehmen sein. Nimmt man an, dass erfolgreiche Unternehmen die eigene Standortqualität optimistischer als weniger erfolgreiche Unternehmen bewerten, würde eine Querschnittsregression zur Ermittlung des Zusammenhangs zwischen der Bewertung verschiedener Standortfaktoren und der Standortbewertung zu inkonsistenten Schätzern führen. Aufgrund des angenommenen, aber unbeobachteten Zusammenhangs zwischen dem Unternehmenserfolg und der Standortbewertung würden die Punktschätzer der Standortfaktoren auch den statistischen Zusammenhang zwischen dem Unternehmenserfolg und der Standortbewertung inkludieren und wären damit fehlerbehaftet. Im Rahmen von Panelregressionen können dagegen auch im Falle von unbeobachteter Panelheterogenität konsistente Schätzungen durchgeführt werden, da die im Zeitverlauf invariante Heterogenität herausgerechnet werden kann. Zudem wird durch die mit dem langen Befragungszeitraum einhergehende hohe Fallzahl die Validität der Schätzungen deutlich verbessert.

Im Rahmen der Studie zu den Unternehmensperspektiven aus dem Jahr 2020 wurden die erhobenen Daten erstmals im Zeitverlauf regressionsanalytisch ausgewertet. Der Fokus lag dabei auf der Betrachtung von drei Unternehmenstypen, die für die bayerische Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind:

- Unternehmen im ländlichen Raum
- Industrieunternehmen
- Digitalaffine Unternehmen

Für diese drei Unternehmenstypen wurde der Zusammenhang zwischen der Standortbewertung in der Region und der Bewertung der verschiedenen Standortfaktoren untersucht. Die Regressionsanalysen zeigten, dass insbesondere die Bereiche Humankapital und Infrastruktur für eine positive Standortbewertung entscheidend sind.

Die diesjährige Längsschnittanalyse ist hingegen folgendermaßen aufgebaut: In einem ersten Schritt wird die Analyse des letztens Jahres für alle bayerischen Unternehmen fortgeschrieben. Dadurch lassen sich die Ergebnisse aus dem Jahr 2020 validieren, eine allgemeine Interpretation für die Gesamtheit der bayerischen Unternehmen wird auf diese Weise weiter fundiert. Aufgrund der großen Fallzahl ist es in diesem Jahr zudem möglich, die Effekte auch auf Ebene der sieben Regierungsbezirke zu bestimmen. Dadurch lassen sich sowohl für alle bayerischen Unternehmen als auch auf regionaler Ebene lokale Unterschiede und Wirkungszusammenhänge erkennen (s. Kapitel 5.1). Die Unternehmen werden außerdem seit dem Jahr 2014 gefragt, ob sie sich bezüglich der stetig steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs für die Zukunft gut gerüstet sehen. Diese Frage genießt insbesondere hinsichtlich drängender Megatrends (z.B. Klimawandel) aktuell eine besondere Bedeutung. Daher wurde abschließend untersucht, inwieweit die Bewertungen der Standortfaktoren und die Verbesserungsvorschläge der Unternehmen die Vorbereitung auf künftige Anforderungen des internationalen Wettbewerbs erklären können. Aus dieser Analyse lassen sich direkte Handlungsempfehlungen und Erkenntnisse ableiten:

– Welche Standortfaktoren sind für gut gerüstete Unternehmen entscheidend und welche für Unternehmen, die sich weniger gut gerüstet sehen?

– Für welche Standortfaktoren sollten unterstützende Maßnahmen entwickelt werden, damit sich künftig mehr Unternehmen im internationalen Wettbewerb besser gerüstet sehen (s. Kapitel 5.2)?

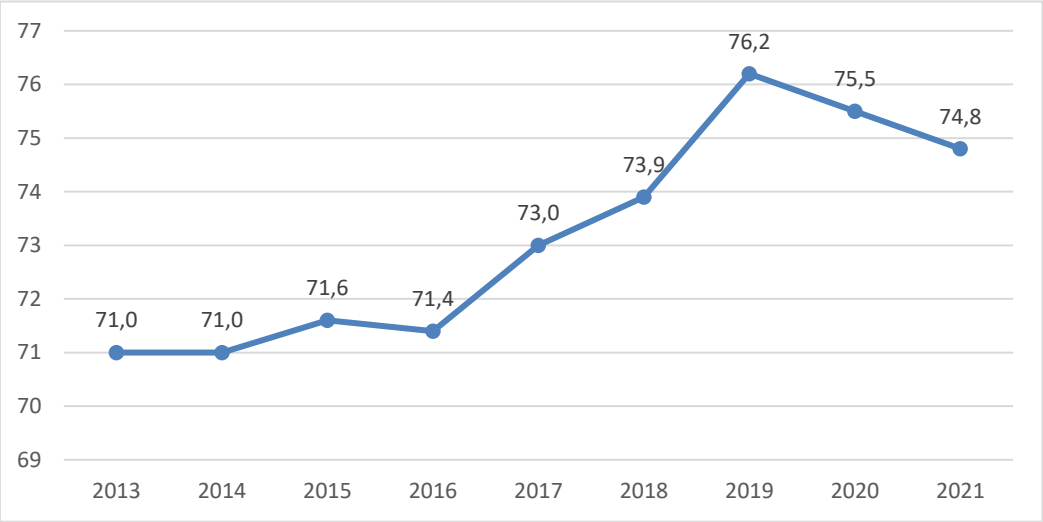
5.1 Zusammenhang zwischen der Standortqualität und der Bewertung der Standortfaktoren

Die Abbildung 5 stellt die durchschnittliche Standortbewertung der Unternehmen im Zeitverlauf dar. Zunächst ist klar erkennbar, dass die Qualität des Standorts Bayern im Laufe der Zeit deutlich zugenommen hat. Seit Beginn der Befragung zu den Unternehmensperspektiven ist die Durchschnittsbewertung auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch) deutlich angestiegen und erreichte mit 76,2 Punkten ihren bisherigen Höchststand im Jahr 2019. In den beiden Folgejahren ist allerdings eine rückläufige Einwicklung zu beobachten: Am aktuellen Rand liegt die Standortbewertung in Bayern mit knapp 75 von 100 möglichen Punkten nun 1,4 Punkte unterhalb des bisherigen Höchstwertes. Damit liegt die Vermutung nahe, dass die Corona-Pandemie zu diesem strukturellen Zeitreihenbruch geführt hat.

Abbildung 5

Bewertung der Standortqualität im Zeitverlauf

Durchschnittsbewertungen von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch)



Quellen: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Interessanterweise ist die Bewertung der einzelnen Standortfaktoren durch die Unternehmen im Laufe der Jahre durchschnittlich zurückgegangen: Wie

Abbildung 2 zu entnehmen ist, liegt die Durchschnittsnote für die fünf zentralen Themenbereiche Humankapital,
Innovationsumfeld, Energie und Rohstoffe, allgemeine Infrastruktur und Verwaltungshandeln für jeden Faktor im Jahr 2021 unterhalb des Wertes von 2013. Die im Zeitablauf kritischere Bewertung der Standortfaktoren wird untermauert durch die Beobachtung, dass die Unternehmen immer deutlicher Verbesserungspotenziale durch die Politik in den oben genannten Standortfaktoren sehen.

Zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Standortqualität und der Bewertung der fünf Standortfaktoren bzw. Themenbereiche wurden umfangreiche Panelregressionen durchgeführt. Statistische Hypothesentests zeigen, dass panel-spezifische Heterogenität vorliegt, diese im Rahmen einer Fixed-Effects-Schätzung aber eliminiert werden kann. Zunächst wurde für jeden Standortfaktor die durchschnittliche Bewertung je Unternehmen bestimmt und dabei untersucht, welcher Standortfaktor einen statistisch signifikanten Einfluss auf die gesamte Standortqualität aufweist. Das Ergebnis dieser Schätzung ist in der zweiten Spalte von Tabelle 16 dargestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden nur statistisch signifikante Ergebnisse abgetragen. Zusätzlich wurde in Einzelregressionen untersucht, inwiefern die beinhalteten Einzelfaktoren der Standortfaktoren die Bewertung der Standortqualität erklären können. Diese Ergebnisse sind in den Spalten 3-6 abgetragen.

Tabelle 16

Regressionsergebnisse: Standortbewertung und Bewertung der Standortfaktoren

	Gesamt	**Humankapital**	**Innovationsumfeld**	**Energie und Rohstoffe**	**Verwaltungshandeln**
Standortfaktoren					
Humankapital	-2,59 ***				
Innovationsumfeld	-1,02 *				
Energie und Rohstoffe					
Allg. Infrastruktur	-3,25 ***				
Verwaltungshandeln					
Einzelfaktoren					
Bildungsinfrastruktur		-1,65 ***			
Arbeitskosten		-1,37 **			

Zugang zu Technologien			-1,37 ***		
Innovationsklima			-0,98 **		
Rohstoffversorgung				-0,81 *	
Strompreise				-0,56 *	
Zulassungsverfahren					-0,61 *
R^2	0,04	0,03	0,02	0,01	0,01
N	6.314	3.410	5.687	5.439	6.265

[1] ***: signifikant zum 1%-Niveau, **: signifikant zum 5%-Niveau, *: signifikant zum 10%-Niveau
[2] Die Variablen sind jeweils in Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) gemessen.
[3] Die Standortqualität wurde auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch) gemessen.
[4] Schätzungen beinhalten jeweils zeitfixe Effekte.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021), eigene Berechnungen

Da die Standortfaktoren in Schulnoten gemessen wurden, sind die negativen Effekte erwartbar. Es lassen sich folgende Aussagen festhalten:

- Die Bewertung im Themenbereich der allgemeinen Infrastruktur hat den größten Effekt auf die Bewertung der Standortqualität: Wenn die Bewertung eines Unternehmens in diesem Bereich um eine Schulnote schlechter wird, sinkt die geschätzte Bewertung der Standortqualität um durchschnittlich 3,25 Punkte.

- An zweiter Stelle folgt der Bereich Humankapital: Wird hier die Bewertung eines Unternehmens um eine Schulnote schlechter, sinkt die geschätzte Bewertung der Standortqualität um durchschnittlich 2,59 Punkte.

- Den geringsten Effekt hat der Bereich Innovationsumfeld: Wird hier die Bewertung eines Unternehmens um eine Schulnote schlechter, sinkt die geschätzte Bewertung der Standortqualität lediglich um durchschnittlich 1,02 Punkte.

- Für die Standortfaktoren Energie und Rohstoffe sowie Verwaltungshandeln lassen sich keine signifikanten Effekte nachweisen.

- Der Einfluss der Einzelitems auf die Bewertung der Standortqualität fällt geringer aus, als es für die Standortfaktoren der Fall ist. Den größten Effekt haben hier die Items Bildungsinfrastruktur, Arbeitskosten sowie Zugang zu Technologien. Interessanterweise haben im Bereich der Standortfaktoren Verwaltungshandeln sowie Energie und Rohstoffe die Einzelitems einen signifikanten Einfluss auf die Standortbewertung, wohingegen der gesamte Standortfaktorbereich jeweils keinen statistisch robusten Effekt hat. Für den Standortfaktor allgemeine Infrastruktur ist das Gegenteil der Fall. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich der Wert für einen Standortfaktor als Mittelwert der Einzelitems zusammensetzt.

Als nächstes wurden die Berechnungen auf Ebene der Regierungsbezirke durchgeführt, um zu überprüfen, inwieweit es regionale Unterschiede im Zusammenhang zwischen der Standortqualität und den Standortfaktoren gibt. Die Ergebnisse dieser Schätzung sind in Tabelle 17 abgetragen.

Tabelle 17

Regressionsergebnisse: Standortbewertung und Bewertung der Standortfaktoren in den Regierungsbezirken

	Bayern	Oberbayern	Niederbayern	Oberpfalz	Oberfranken	Mittelfranken	Unterfranken	Schwaben
Standort-faktoren								
Humankapital	-2,59 ***		-3,35 *		-4,42 ***	-4,51 ***		-3,13 *
Innovationsumfeld	-1,02 *							
Allg. Infrastruktur	-3,25 ***	-4,45 **			-4,08 **		-4,60 **	
R^2	0,04	0.07	0.04	0.03	0.12	0.09	0.05	0.07
N	6.314	750	759	769	809	820	751	780

1) ***: signifikant zum 1%-Niveau, **: signifikant zum 5%-Niveau, *: signifikant zum 10%-Niveau
2) Die Variablen sind jeweils in Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) gemessen.
3) Die Standortqualität wurde auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 100 (sehr hoch) gemessen.
4) Schätzungen beinhalten jeweils zeitfixe Effekte.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021), eigene Berechnungen

Die Regressionsergebnisse innerhalb der Regierungsbezirke bestätigen den robusten Zusammenhang zwischen den Bewertungen für die Standortfaktoren der allgemeinen Infrastruktur und Humankapital. Für die Regierungsbezirke Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben zeigt sich im Bereich Humankapital sogar ein stärkerer Effekt als es für das gesamte Land Bayern der Fall ist. Im Bereich allgemeine Infrastruktur ist die gleiche Beobachtung für die Regierungsbezirke Oberbayern, Oberfranken und Unterfranken festzustellen. Es zeigt sich aber auch, dass der Einfluss der Bewertung des Innovationsumfeldes nur für Bayern als Bundesland, jedoch nicht für die einzelnen Regierungsbezirke gilt. Diese Beobachtung ist aber auch auf die reduzierte Stichprobengröße innerhalb der Regierungsbezirke zurückzuführen.

Fazit: Bereits die Analysen aus dem letzten Jahr haben gezeigt, dass die Bereiche Humankapital und allgemeine Infrastruktur relevant für die Beurteilung der Standortfaktoren sind. Dieser Zusammenhang konnte bestätigt werden. Insbesondere die Einzelfaktoren Bildungsinfrastruktur, Arbeitskosten sowie Zugang zu Technologien spielen für die Unternehmen eine Rolle. Mit Blick auf die Regierungsbezirke zeigt sich, dass eine höhere Bewertung des Themenbereichs Humankapital insbesondere in Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben entscheidend ist. Im Bereich allgemeine Infrastruktur gilt dies für die Regierungsbezirke Oberbayern, Oberfranken und Unterfranken. Es muss aber betont werden, dass die Standortfaktoren isoliert die Bewertung der Standortqualität nur teilweise erklären.

5.2 Anforderungen des internationalen Wettbewerbs

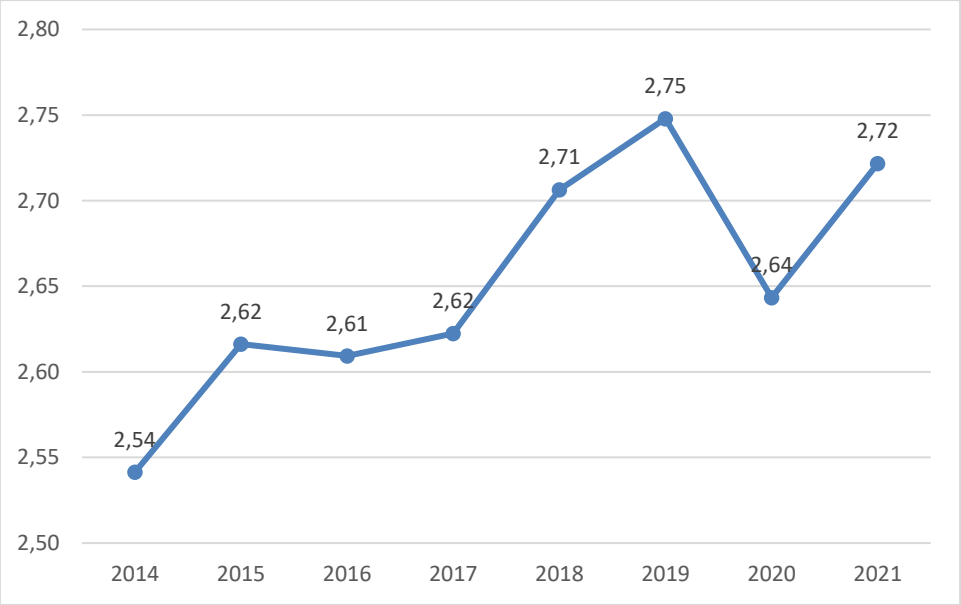
Im Rahmen der Corona-Pandemie sahen sich Wirtschaft und Gesellschaft bis dato mit unvorhersehbaren Restriktionen konfrontiert. Während manche Unternehmen primär mit Nachfragerückgängen und Lieferengpässen zu tun hatten, mussten andere Unternehmen zeitweise das gesamte Tagesgeschäft einstellen. Und auch wenn (nach gegenwärtiger Prognose) die Corona-Pandemie in absehbarer Zeit zumindest in Europa größtenteils überwunden sein könnte, sind mit Klimawandel, Digitalisierung und demografischem Wandel nicht weniger tiefgreifende Veränderungen in Sichtweite. Da diese Veränderungen über Ländergrenzen hinweg wirken, erscheint es besonders relevant, zu verstehen, wie gut sich deutsche Unternehmen auf die zukünftigen Anforderungen des internationalen Wettbewerbs vorbereitet sehen. Daher wurde nachfolgend untersucht, inwiefern es einen statistisch messbaren Zusammenhang sowohl zwischen der Bewertung der Standortfaktoren als auch zwischen den Verbesserungsvorschlägen und der Vorbereitung auf die künftigen Anforderungen des internationalen Wettbewerbs gibt.

Abbildung 6 stellt die Unternehmenseinschätzungen dar, wie gut gerüstet sie auf künftige Anforderungen des internationalen Wettbewerbs im Zeitverlauf sind. Die abgetragenen Werte zeigen dabei jeweils den Mittelwert aller Unternehmen pro Jahr. Da die Werte auf einer Skala von 1 (sehr gut gerüstet) bis 6 (sehr schlecht gerüstet) gemessen wurden, lassen sie sich analog zu der bekannten Schulnotenskala interpretieren: Je geringer der Durchschnittswert, desto besser sehen sich die Unternehmen gerüstet.

Abbildung 6

Bewertung der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs im Zeitverlauf

Durchschnittsbewertungen von 1 (sehr gut gerüstet) bis 6 (sehr schlecht gerüstet)



Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Gemäß der Unternehmensangaben ist die Vorbereitung auf künftige Herausforderungen im Zeitverlauf geringfügig zurückgegangen. Zwar ist zwischen den Jahren 2015 und 2017 keine Veränderung und zwischen den Jahren 2019 und 2020 sogar eine Verbesserung festzustellen, im Mittel sind die Bewertungen im Zeitverlauf aber leicht schlechter geworden. Am aktuellen Rand liegt die Durchschnittsbewertung mit einer Note von 2,7 etwa auf dem Niveau von 2018 und damit eher im Bereich einer guten Einschätzung, wie die Unternehmen international positioniert sind. Die Bewertungsunterschiede zwischen den sieben Regierungsbezirken sind größer als die Unterschiede aller Unternehmen im Zeitverlauf: Am aktuellen Rand sehen sich die Unternehmen in Oberbayern mit einer durchschnittlichen Bewertung von 2,5 am besten auf die Anforderungen des internationalen Wettbewerbs gerüstet, die Unternehmen aus den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz mit einer durchschnittlichen Bewertung von 2,9 dagegen am schlechtesten. Dazwischen finden sich die Unternehmen aus Schwaben, Mittelfranken, Unterfranken und Oberfranken (alle 2,7).

5.2.1 Zusammenhang zwischen der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs und der Bewertung der Standortfaktoren

Zunächst wurde untersucht, inwiefern die Bewertung der Standortfaktoren einen statistischen Einfluss auf die Vorbereitung künftiger Herausforderungen hat. Die Ergebnisse dieser Schätzung sind in Tabelle 18 abgetragen. Analog zu den bisherigen Regressionsanalysen wurde die Schätzung sowohl für die gesamten Standortfaktoren (Spalte 2) als auch für die beinhalteten Einzelfaktoren dieser Standortfaktoren (Spalte 3-5) durchgeführt. Erneut wurden nur Ergebnisse abgetragen, die mindestens zum 10-Prozent-Niveau signifikant sind, da nur diese Ergebnisse den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können.

Es muss angemerkt werden, dass die Standortfaktoren die Vorbereitung auf den internationalen Wettbewerb weniger gut erklären können als es für die Standortqualität der Fall war. Trotzdem lassen sich folgende Befunde festhalten:

– Auf Ebene der Standortfaktoren besteht nur zwischen der Bewertung der allgemeinen Infrastruktur und der Bewertung der Vorbereitung ein robuster Zusammenhang: Wird die Bewertung der allgemeinen Infrastruktur um eine Note schlechter, wird die Bewertung der Vorbereitung auf künftige Herausforderungen um durchschnittlich 0,2 Punkte schlechter. Die Bewertung der verbleibenden vier Bereiche ist dagegen weitestgehend unabhängig von der Vorbereitung auf den internationalen Wettbewerb. Dies unterstreicht die besondere Bedeutung der allgemeinen Infrastruktur über den Einfluss auf die Standortqualität hinaus.

– Auch auf der Ebene der Einzelfaktoren wird die Relevanz von spezifischen Standortfaktoren unterstrichen: Mit der Bewertung der Arbeitskosten, der sicheren Rohstoffversorgung und der Zulassungsverfahren finden sich Faktoren, für die bereits ein robuster Einfluss auf die Bewertung der Standortqualität nachgewiesen werden konnte. Je schlechter diese Faktoren bewertet werden, desto weniger gut sehen sich die Unternehmen auf Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs vorbereitet.

Tabelle 18

Regressionsergebnisse: Vorbereitung auf internationalen Wettbewerb und Bewertung der Standortfaktoren

	Gesamt	Human-kapital	Energie und Rohstoffe	Verwaltungshandeln
Standortfaktoren				
Humankapital				
Innovationsumfeld				
Energie und Rohstoffe				
Allg. Infrastruktur	0,22 ***			
Verwaltungshandeln				
Einzelfaktoren				
Arbeitskosten		0,07 *		
Rohstoffversorgung			0,06 *	
Zulassungsverfahren				0,06 **
R^2	0,03	0,02	0,01	0,02
N	5.140	3.214	4.979	5.121

[1] ***: signifikant zum 1%-Niveau, **: signifikant zum 5%-Niveau, *: signifikant zum 10%-Niveau
[2] Die Standortfaktoren sind jeweils in Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) gemessen.
[3] Die Vorbereitung auf künftige Herausforderungen wurde von 1 (sehr gut gerüstet) bis 6 (sehr schlecht gerüstet) gemessen.
[4] Schätzungen beinhalten jeweils zeitfixe Effekte.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021), eigene Berechnungen

Fazit: Auch für die Bewertung der Vorbereitung auf künftige Herausforderungen gibt es statistisch nachweisbare Zusammenhänge mit der Bewertung der Standortfaktoren. Die Analyse der Standortfaktoren zeigt, dass insbesondere die Bewertung der allgemeinen Infrastruktur entscheidend ist. Damit kristallisieren sich die Maßnahmen im Bereich allgemeine Infrastruktur als effektivste Möglichkeit zur Unterstützung der bayerischen Unternehmen heraus: Sie wirken sich sowohl unmittelbar auf die heutige Standortbewertung als auch langfristig auf die Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit positiv aus. Zusätzlich lassen sich mit den Einzelfaktoren Arbeitskosten, Rohstoffversorgung und Zulassungsverfahren spezifische Ansatzpunkte auf Ebene der Standortfaktoren Human-

kapital, Energie und Rohstoffe sowie Verwaltungshandeln identifizieren. Eine positivere Bewertung dieser Faktoren würde ebenfalls sowohl die heutige als auch die künftige Wettbewerbsposition der Unternehmen stärken.

5.2.2 Zusammenhang zwischen der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs und den Verbesserungsvorschlägen für die Standortfaktoren

Aus den Bewertungen der Standortbewertungen lassen sich zunächst natürlich triviale Schlussfolgerungen ziehen: Wird ein Standortfaktor negativ bewertet, sollten Maßnahmen ergriffen werden, die mittelfristig zu einer besseren Bewertung jener Faktoren führen. Im Rahmen der Unternehmensperspektiven werden die Unternehmen aber seit der ersten Befragungswelle gebeten, anzugeben, inwiefern sie konkreten Verbesserungsvorschlägen zustimmen. Mithilfe dieser Angaben lässt sich auch für die Verbesserungsvorschläge analysieren, ob ein robuster Zusammenhang zwischen gewissen Vorschlägen und der Bewertung auf Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs besteht. Tabelle 19 fasst die Ergebnisse dieser Schätzung zusammen. Auch hier wurden die einzelnen Verbesserungsvorschläge durch Bildung des Mittelwertes zu übergeordneten Verbesserungsvorschlägen für die fünf Bereiche Humankapital, Innovationsumfeld, Energie und Rohstoffe, allgemeine Infrastruktur sowie Verwaltungshandeln zusammengefasst. Da aber nur für die einzelnen Verbesserungsvorschläge ein signifikanter Zusammenhang mit der Bewertung der Vorbereitung auf den internationalen Wettbewerb nachgewiesen werden konnte, wurden die übergeordneten Verbesserungsvorschläge nicht in der Tabelle abgetragen.

Tabelle 19

Regressionsergebnisse: Vorbereitung auf internationalen Wettbewerb und Verbesserungsvorschläge

	Human-kapital	**allgemeine Infrastruk-tur**
Einzelfaktoren		
Arbeitskosten senken	-0.09 **	
Investitionen Schienenverkehr		0.11 *
Sicherung wohnortnaher Kitas		-0.17 *
Sicherstellung einer flächen-deckenden Gesundheitsver-sorgung		0.15 *
R^2	0.02	0.08
N	2.412	1.697

1) ***: signifikant zum 1%-Niveau, **: signifikant zum 5%-Niveau, *: signifikant zum 10%-Niveau
2) Die Verbesserungsvorschläge sind jeweils von 1 (stimme voll und ganz zu) bis 6 (stimme überhaupt nicht zu) gemessen.
3) Die Vorbereitung auf künftige Herausforderungen wurde von 1 (sehr gut gerüstet) bis 6 (sehr schlecht gerüstet) gemessen.
4) Schätzungen beinhalten jeweils zeitfixe Effekte.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021), eigene Berechnungen

Hiermit lassen sich besonders augenfällige Ergebnisse festhalten:

– Je seltener die Unternehmen dem Verbesserungsvorschlag „Arbeitskosten senken“ zustimmen, desto besser sind sie für künftige Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs gerüstet. Daraus lässt sich schließen, dass eine Senkung der Arbeitskosten vor allem von Unternehmen gefordert wird, die eine Schwächung ihrer internationalen Wettbewerbsposition erwarten und Unternehmen, die ihren Fokus eher auf Innovation als auf den Preis legen, besser mit höheren Arbeitskosten umgehen können.

– Für die Forderungen „Investitionen in den Schienenverkehr“ und „Sicherung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung“ lässt sich die umgekehrte Feststellung machen: Je stärker die Zustimmung für diese Forderungen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass die Unternehmen angeben, gut für die Zukunft gerüstet zu sein.

Fazit: Auch diese Ergebnisse unterstreichen die übergeordnete Rolle der allgemeinen Infrastruktur für die bayerischen Unternehmen. Diejenigen Unternehmen, die sich gut für die Zukunft gerüstet sehen, fordern verstärkt Investitionen in den Bereichen Schienen-infrastruktur und Gesundheitsversorgung. Da auch die Bewertung der Standortqualität unmittelbar von der Bewertung der allgemeinen Infrastruktur abhängt, liegt hier der größte Hebel für wirksame Verbesserungsmaßnahmen.

6 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Anpassungen von Lieferkettenstrukturen und verstärkte Durchsetzung moderner Arbeitsmodelle sind wesentliche Corona-Effekte: deutliche Ausprägungsunterschiede bestehen hinsichtlich Unternehmensgröße und Vorbereitungsgrad.

Die Corona-Pandemie hat immer noch erhebliche Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft. Die letztjährige Untersuchung führte zu dem Ergebnis, dass die Unternehmen durch ihre starke internationale Verflechtung besonders von der globalen Wirtschaftskrise im Zuge der Corona-Pandemie betroffen sind. Allerdings ging die Mehrheit der befragten Unternehmen (53,1 Prozent im Jahr 2020) davon aus, dass die Produktion von Komponenten zukünftig lokal konzentrierter erfolgen wird und weltumspannende Lieferketten an Bedeutung verlieren werden. Damit würden insbesondere die infrastrukturellen Standortfaktoren noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Die grundsätzlichen Tendenzen der letztjährigen Befragung wurden in der diesjährigen Befragung bestätigt. So gehen sogar noch mehr Unternehmen (nämlich 58,6 Prozent) davon aus, dass die Lieferketten wieder verstärkt regional ausgerichtet sein werden (sog. Reshoring). Auf diese Weise sollen die Risiken abbrechender Lieferketten reduziert werden. Parallel streben die Unternehmen an, die Anzahl der Zulieferer zu erhöhen und auch damit das Ausfallrisiko zu reduzieren. 52,0 Prozent der befragten Unternehmen stimmen hier zu. Die auf den Corona-Erfahrungen basierende empfundene Notwendigkeit, wieder mehr Produktionsschritte selbst durchzuführen und damit die Wertschöpfungstiefe in der Produktion zu steigern, wird von 51,9 Prozent der befragten Unternehmen gesehen.

Unabhängig von den Auswirkungen auf Lieferketten, Lieferantenportfolio und Produktionssetup stimmen 62,5 Prozent der befragten Unternehmen zu, dass moderne, hybride und flexible Arbeitsmodelle (häufig zusammengefasst unter dem Begriff „New Work“) keine temporäre Erscheinung sind, sondern sich künftig weiter durchsetzen werden.

Zur weiteren Detaillierung wurde der vorliegende Datensatz in zwei Richtungen ausgewertet. Erstens wurde geprüft, inwieweit sich die Corona-Pandemie auf für derartige Krisen nicht gerüstete bzw. gerüstete Unternehmen unterschiedlich auswirkt. Zweitens wurde das Antwortverhalten von kleineren Unternehmen mit demjenigen größeren Unternehmen verglichen.

Tabelle 20
Ergebnisse zu Auswirkungen der Corona-Pandemie

	Gesamt	Gut gerüstet	Weniger gut gerüstet	Kleinere Unterneh-men	Größere Unterneh-men
Die Wertschöpfungstiefe der Produktion steigt an (d.h. es werden wieder mehr Komponenten selbst hergestellt als vor der Pandemie).	51,9	50,8	47,9	56,3	42,9
Lieferketten werden wieder verstärkt re-gional ausgerichtet (d.h. sogenanntes Reshoring), um Risiken des Abbrechens von Lieferketten zu reduzieren.	58,6	59,6	54,2	60,6	54,2
Die Anzahl der Zulieferer wird erhöht, um Ausfallrisiken zu reduzieren.	52,0	51,6	48,6	53,8	48,2
Moderne, hybride und flexible Arbeits-modelle (sog. „New Work“-Modelle) werden sich immer weiter durchsetzen.	62,5	68,0	51,4	60,4	67,0

Dargestellt sind die Anteile der Unternehmen mit stimme (voll und ganz) zu.
Quelle: Unternehmensbefragung IW Consult (2021)

Dabei sind die folgenden Befunde augenfällig:

– Mit einer steigenden Wertschöpfungstiefe rechnen vor allem KMU. Hier stimmen 56,3 Prozent zu, dass wieder mehr Komponenten als vor der Pandemie selbst hergestellt werden. Mit 42,9 Prozent fällt die Zustimmungsrate bei großen Unternehmen deutlich geringer aus. Zwischen den gut gerüsteten und weniger gut gerüsteten Unternehmen gibt es hingegen diesbezüglich keine großen Unterschiede.
– Erhöhte Zuliefersicherheit mittels verstärkter regionaler Ausrichtung der Zulieferketten suchen vor allem gut gerüstete Unternehmen (hier liegt der Zustimmungsanteil bei 59,6 Prozent gegenüber 54,2 Prozent für die weniger gut gerüsteten Unternehmen) und KMU (hier liegt die Zustimmungsquote mit 60,6 Prozent deutlich höher als bei großen Unternehmen mit 54,2 Prozent).
– Die Option, Ausfallrisiken über die Erhöhung der Zuliefereranzahl zu reduzieren, ziehen KMU eher in Betracht (mit einer Zustimmungsquote von 53,8 Prozent) als größere Unternehmen (mit einer Zustimmungsquote von 48,2 Prozent). Hingegen bestehen vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen weniger gut gerüsteten (Zustimmungsquote 48,6 Prozent) und gut gerüsteten Unternehmen (Zustimmungsquote 51,6 Prozent).
– Insbesondere gerüstete (mit einer Zustimmungsquote von 68,0 Prozent) und große Unternehmen (mit einer Zustimmungsquote von 67,0 Prozent) gehen davon aus, dass sich

moderne, hybride und flexible Arbeitsmodelle des „New Work“ immer weiter durchsetzen werden. Dahingehend fallen die Zustimmungsquoten von nicht gerüsteten Unternehmen (hier beträgt die Quote lediglich 51,4 Prozent) sehr deutlich und die Quoten der kleineren Unternehmen (mit 60,4 Prozent) immer noch deutlich ab.
– Insgesamt liegen die Zustimmungsquoten für die erfragten Auswirkungen der Corona-Pandemie jedoch lediglich auf einem mittelhohen Niveau, da sich das Gros der Zustimmungsquoten im Bereich von 45 bis 60 Prozent (mit wenigen Ausreißern) bewegt.

Zusammenfassend scheinen vorrangig größere Unternehmen der Resilienz und Stabilität ihrer internationalen Wertschöpfungs- und Zuliefererverflechtungen zu vertrauen. Sie planen weder eine Erhöhung der Wertschöpfungstiefe noch eine Lieferkettenregionalisierung und halten im Wesentlichen an der vorhandenen Zulieferstruktur fest. KMU hingegen setzen deutlich mehr auf Kontrollierbarkeit der Zulieferer- und Wertschöpfungsbedingungen, indem sie Lieferketten verstärkt regional ausrichten und Wertschöpfungstiefen erhöhen.

Zudem scheinen große und gut gerüstete Unternehmen deutlich eher gewillt, die sich durch New Work-Arbeitsmodellen ergebenden Chancen zu nutzen. Hier besteht die Gefahr, dass kleinere und weniger gut gerüstete Unternehmen aufgrund von mangelnden finanziellen, technischen, organisatorischen oder personellen Ressourcen die entstehenden Effektivitäts- und Effizienzpotenziale nicht realisieren können.

Für die Politik lassen sich zwei Empfehlungen ableiten: Zum einen sollten insbesondere kleinere Unternehmen bei Reshoring und regionaler Vernetzung unterstützt werden. Dies kann insbesondere mittels verbesserter Rahmenbedingungen geschehen (z.B. Infrastruktur, Unternehmensnetzwerke, Fachkräfte). Zusätzlich sollten insbesondere die nicht gerüsteten Unternehmen für die strategische Notwendigkeit sensibilisiert werden, sich mit derartigen Fragestellungen zu befassen. Zum anderen sollten wirksame Ansatzpunkte identifiziert werden, um kleinere und nicht gerüstete Unternehmen bei der Implementierung von modernen, hybriden und flexiblen Arbeitsmodellen zu unterstützen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bewertung der Standortqualität im Zeitablauf
Abbildung 2	Bewertung der untersuchten Themenbereiche im Zeitablauf
Abbildung 3	Bewertung der Themenbereiche nach Regierungsbezirken
Abbildung 4	Das größte Standorthemmnis in Bayern
Abbildung 5	Bewertung der Standortqualität im Zeitverlauf
Abbildung 6	Bewertung der Vorbereitung auf Anforderungen des internationalen Wettbewerbs im Zeitverlauf

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Allgemeine Bewertung der Standortloyalität in Bayern nach Regierungsbezirken
Tabelle 2	Bewertung Bereich Humankapital und Arbeitsumfeld
Tabelle 3	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich allgemeine Infrastruktur
Tabelle 4	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Innovationsumfeld
Tabelle 5	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Energie und Rohstoffe
Tabelle 6	Güte und Verbesserungswünsche im Bereich Verwaltungshandeln
Tabelle 7	Bewertung der Standortloyalität zum jeweiligen Regierungsbezirk
Tabelle 8	Bewertung der Standortqualität im jeweiligen Regierungsbezirk
Tabelle 9	Ergebnisse für Oberbayern
Tabelle 10	Ergebnisse für Niederbayern
Tabelle 11	Ergebnisse für die Oberpfalz
Tabelle 12	Ergebnisse für Oberfranken
Tabelle 13	Ergebnisse für Mittelfranken
Tabelle 14	Ergebnisse für Unterfranken
Tabelle 15	Ergebnisse für Schwaben
Tabelle 16	Regressionsergebnisse: Standortbewertung und Bewertung der Standortfaktoren
Tabelle 17	Regressionsergebnisse: Standortbewertung und Bewertung der Standortfaktoren in den Regierungsbezirken
Tabelle 18	Regressionsergebnisse: Vorbereitung auf internationalen Wettbewerb und Bewertung der Standortfaktoren
Tabelle 19	Regressionsergebnisse: Vorbereitung auf internationalen Wettbewerb und Verbesserungsvorschläge
Tabelle 20	Ergebnisse zu Auswirkungen der Corona-Pandemie

Anhang A

Die Unternehmensbefragung fand vom 13. Juli bis zum 20. August 2021 statt und wurde telefonisch durchgeführt. Befragt wurden 719 Unternehmen, pro Regierungsbezirk zwischen 96 und 107 Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Standorten wurde die Unternehmenszentrale befragt. In der Stichprobe befinden sich 520 Unternehmen, die bereits in einem der Vorjahre an der Unternehmensbefragung teilgenommen hatten. Die restlichen 199 Unternehmen wurden zufällig aus einer Unternehmensdatenbank ausgewählt. Die Stichprobe ist geschichtet nach Branche und Umsatzgröße – wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anzahl der Unternehmen nach Branche und Umsatz	**bis 10 Millionen Euro**	**ab 10 Millionen Euro**	**Gesamt**
Industrie	239	82	321
Dienstleistungen	250	148	398
Gesamt	489	230	719

Die Stichprobe ist so konzipiert, dass die Anzahl der Unternehmen in jeder der vier Klassen hinreichend groß ist. Nur dann kann sichergestellt werden, dass von den Befragungsergebnissen valide Rückschlüsse auf die Meinung aller Unternehmen in Bayern möglich sind. Die amtliche Statistik weist in Bayern für die Klasse der Dienstleister bis 10 Millionen Euro Umsatz einen Anteil von knapp 90 Prozent aus. Um auch Aussagen über die Unternehmen aus den anderen Klassen (Industrie bis 10 Millionen Euro Umsatz, Industrie ab 10 Millionen Euro Umsatz, Dienstleister ab 10 Millionen Euro Umsatz) treffen zu können, wurde bewusst eine disproportionale Stichprobe gezogen, in der diese Unternehmen in hinreichender Fallzahl vertreten sind.

Ein besonderer Fokus der Studie liegt auf den Analyseergebnissen für die einzelnen Regierungsbezirke. Ein Unternehmensregister mit Einteilung nach Umsatzgrößen liegt zwar für Bayern vor, aber nicht für die einzelnen Regierungsbezirke. Auf eine repräsentative Hochrechnung der Ergebnisse musste demnach wegen Unkenntnis der Grundgesamtheit verzichtet werden.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Verteilung der befragten Unternehmen über die Umsatzgrößen und die Branchen nicht der Grundgesamtheit aller Unternehmen in Bayern entspricht und die Ergebnisse der Befragung auch nicht hochgerechnet werden konnten. Die Frage, ob die Ergebnisse über die Stichprobe hinaus generalisiert werden können, ist davon allerdings nicht unmittelbar betroffen. Bei dieser Befragung wurde sichergestellt, dass die Fragen von Unternehmen mit wesentlichen Strukturunterschieden, von denen jeweils eine hinreichend große Anzahl an Unternehmen teilgenommen hatte, beantwortet wurden. Die hinreichend große Anzahl der beteiligten Unternehmen garantiert ähnliche Aussagen wie bei einer repräsentativen Hochrechnung.

Tabellenanhang – Ergebnisse der Befragung 2021

Standortloyalität (Würden Sie Ihren Standort wieder wählen …)	**Anteil (eher) Ja**
in Bayern?	92,0 %
in Deutschland?	89,0 %

Standortqualität	**Punktwert (0–100)**
Wie beurteilen Sie die regionale Standortqualität (auf einer Skala von 0–100 Punkten)?	74,8

Zufriedenheit im Bereich Humankapital	**Mittelwert**
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Auszubildende)	3,7
Verfügbarkeit von Fachkräften	3,9
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)	3,2
Güte der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2,5
Arbeitskosten	3,3
Flexibilität des Arbeitsrechts	3,6
Bürokratischer Aufwand	4,0
Mittelwert für den Bereich Humankapital	3,5

Verbesserungsbedarf im Bereich Humankapital	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern (z.B. Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder Höherqualifizierung von Auszubildenden)	78,3 %
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	67,9 %
darunter: Flexibilität des Arbeitszeitrechts erhöhen	63,5 %
darunter: Sachgrundlose Befristungen erleichtern	43,1 %

darunter: Arbeitsrechte und -schutz entbürokratisieren	74,5 %
Arbeitskosten senken (z.B. Lohnzusatzkosten)	67,9 %
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen (lebenslanges Lernen, Anpassung an neue Aufgabenfelder, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters)	70,7 %
Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	55,0 %
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern (z.B. durch Befristungsmöglichkeiten oder Hinzuverdienstgrenzen)	72,0 %
Den bürokratischen Aufwand im Rahmen des Mindestlohngesetzes reduzieren, also z.B. bei den Aufzeichnungspflichten	66,8 %
Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland erleichtern (z.B. Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung)	49,3 %

Zufriedenheit im Bereich allgemeine Infrastruktur	**Mittelwert**
Güte der Infrastruktur für den Straßenverkehr	2,7
Güte der Infrastruktur für den Schienenverkehr	3,4
Güte der Infrastruktur für den Luftverkehr	2,8
Güte der digitalen Infrastruktur	3,2
Güte der Mobilinfrastruktur	3,3
Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen)	2,5
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2,7
Mittelwert für den Bereich allgemeine Infrastruktur	2,9

Verbesserungsbedarf im Bereich allgemeine Infrastruktur	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
Breitbandinitiative fortführen	93,8 %
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	85,7 %
Investitionen in die Infrastruktur des Straßenverkehrs	70,1 %

Investitionen in die Infrastruktur des Schienenverkehrs	69,4 %
Investitionen in die Infrastruktur des Luftverkehrs	20,9 %
Sicherung wohnortnaher Schulen	88,4 %
Sicherung wohnortnaher Kitas	89,1 %
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	83,5 %
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	73,9 %
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	90,5 %
Sicherstellung des Angebots im öffentlichen Personenverkehr (auch in Randregionen, auch zu Neben- und Schwachverkehrszeiten)	81,6 %
Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	84,9 %
Förderung von Wohneigentum	74,7 %
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	66,6 %

Zufriedenheit im Bereich Innovationsumfeld	Mittelwert
Förderungsangebot für Unternehmen (z.B. technologieorientierte Unternehmensgründungen, Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen, technologieorientierte Förderung)	2,8
Proaktive Unterstützung von Innovationsaktivitäten der Unternehmen	3,0
Existenz von FuE- / Innovationsnetzwerken	2,7
Zugang zu Technologien	2,6
Technikfreundlichkeit / positives Innovationsklima	2,7
Mittelwert für den Bereich Innovationsumfeld	2,7

Verbesserungsbedarf im Bereich Innovationsumfeld	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
Förderangebot für Unternehmen ausbauen (z.B. höhere Fördersätze, Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen)	75,9 %
Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung	63,3 %

Beratungsangebot für zielgerichtete Innovationsförderung verbessern (z.B. Bündelung der Förderberatung an einer Anlaufstelle, Begleitung von Antragsverfahren)	68,1 %
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen (z.B. Unternehmen derselben Region, derselben Branche, aber auch zwischen Unternehmen verschiedener Branchen, sog. Cross-Industry-Kooperation)	58,2 %
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups (z.B. durch Fördermittel)	63,7 %
Unterstützung von Netzwerken zwischen etablierten Unternehmen und Forschungseinrichtungen (z.B. durch Fördermittel)	64,6 %
Zugang zu innovationsförderlicher Finanzierung erleichtern (d.h. als Ergänzung zur Innenfinanzierung, z.B. Wagniskapital, verbesserte Kreditfinanzierungsbedingungen für Innovationsvorhaben)	76,7 %
Gesellschaftlich besonders relevante Innovationsfelder verstärkt öffentlich fördern (z.B. digitale Transformation, neue Energien, neue Mobilitätskonzepte)	73,6 %
Antragsverfahren erleichtern	88,6 %

Zufriedenheit im Bereich Energie und Rohstoffe	**Mittelwert**
sichere Rohstoffversorgung	2,9
sichere Stromversorgung	2,1
Höhe der Strompreise	3,9
Höhe der Rohstoffpreise	4,0
Mittelwert für den Bereich Energie und Rohstoffe	3,2

Verbesserungsbedarf im Bereich Stromversorgung und Strompreise	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve	45,8 %
Rahmenbedingungen anpassen, um Kosten der Energiewende (Stromkosten) zu senken (z.B. durch einen Systemwechsel bei der Förderung erneuerbarer Energien, Senkung EEG-Umlage und / oder Reduzierung der Stromsteuer	84,3 %
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten, also Netzausbau	81,4 %
Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern, auch mit Forschungsförderung	85,0 %

Regulierte Komponenten bei Strompreisen senken (Entgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen)	80,3 %
Ausbau der Infrastruktur für wasserstoffbasierte Energieversorgung	81,8 %

Einschätzung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft	**Mittelwert (1 „sehr stark gerüstet“ bis 6 „überhaupt nicht gerüstet“)**
Fühlen Sie sich vor diesem Hintergrund gut gerüstet, um Ihr Unternehmen bei steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs auch zukünftig erfolgreich zu positionieren?	2,7

Zufriedenheit im Bereich Verwaltungshandeln	**Mittelwert**
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren (etwa mit der Schnelligkeit)	3,7
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	3,7
Fortschritt der Verwaltung bei der Digitalisierung	3,7
Mittelwert für den Bereich Verwaltungshandeln	3,7

Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich Verwaltungshandeln	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
E-Government / E-Administration stärker ausbauen	72,9 %
Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	46,7 %
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	83,2 %
Einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene einführen	73,9 %

Auswirkungen der Corona-Pandemie	**Anteile „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme zu“**
Die Wertschöpfungstiefe der Produktion steigt an (d.h. es werden wieder mehr Komponenten selbst hergestellt als vor der Pandemie).	50,2 %

Lieferketten werden wieder verstärkt regional ausgerichtet (d.h. sogenanntes Reshoring), um Risiken des Abbrechens von Lieferketten zu reduzieren.	57,6 %
Die Anzahl der Zulieferer wird erhöht, um Ausfallrisiken zu reduzieren.	50,2 %
Moderne, hybride und flexible Arbeitsmodelle (sog. „New Work“-Modelle) werden sich immer weiter durchsetzen.	61,5 %

Anhang A1 Längsschnittanalyse

Tabellenanhang – Fragen der Längsschnittanalyse

Standortqualität	**Verfügbarer Zeitraum**
Wie beurteilen Sie die regionale Standortqualität (auf einer Skala von 0–100 Punkten)?	2013-2021

Zufriedenheit im Bereich Humankapital	**Verfügbarer Zeitraum**
Verfügbarkeit qualifizierter Nachwuchskräfte (Auszubildende)	2013-2021
Verfügbarkeit von Fachkräften	2013-2021
Verfügbarkeit von Absolventen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)	2013-2021
Güte der Bildungsinfrastruktur (Schul- und Weiterbildungssystem)	2013-2021
Arbeitskosten	2014-2021
Flexibilität des Arbeitsrechts	2014-2021
Bürokratischer Aufwand	2015-2021

Verbesserungsbedarf im Bereich Humankapital	**Verfügbarer Zeitraum**
Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen verbessern (z.B. Unterstützung der Ausbildung von Jugendlichen ohne Schulabschluss oder Höherqualifizierung von Auszubildenden)	2013-2021
Flexibilität des Arbeitsrechts erhöhen	2014-2021
Arbeitskosten senken (z.B. Lohnzusatzkosten)	2014-2021
Unterstützung der beruflichen Weiterbildung ausbauen (lebenslanges Lernen, Anpassung an neue Aufgabenfelder, Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit bis zum Erreichen des gesetzlichen Rentenalters)	2013-2021
Unterstützung der Politik bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	2013-2019
Unterstützung bei der Vermittlung berufsorientierter IKT-Kompetenzen	2016-2021
Beschäftigung älterer Fachkräfte ab 50 Jahren erleichtern (z.B. durch Befristungsmöglichkeiten oder Hinzuverdienstgrenzen)	2014-2021

Den bürokratischen Aufwand im Rahmen des Mindestlohngesetzes reduzieren, also z.B. bei den Aufzeichnungspflichten	2015-2021
Zuwanderung von Hochqualifizierten aus dem Ausland erleichtern (z.B. Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Zuwanderung)	2013-2021

Zufriedenheit im Bereich allgemeine Infrastruktur	**Verfügbarer Zeitraum**
Güte der Infrastruktur für den Straßenverkehr	2014-2021
Güte der Infrastruktur für den Schienenverkehr	2014-2021
Güte der Infrastruktur für den Luftverkehr	2014-2021
Güte der digitalen Infrastruktur	2013-2021
Güte der Mobilinfrastruktur	2019-2021
Güte der soziokulturellen Infrastruktur (z. B. Gesundheitsversorgung, Vereine, Kultureinrichtungen)	2013-2021
Güte der Gewerbe- und Industrieflächen	2013-2021

Verbesserungsbedarf im Bereich allgemeine Infrastruktur	**Verfügbarer Zeitraum**
Breitbandinitiative fortführen	2013-2021
Mobilfunkinfrastrukturausbau forcieren	2019-2021
Investitionen in die Infrastruktur des Straßenverkehrs	2013-2021
Investitionen in die Infrastruktur des Schienenverkehrs	2014-2021
Investitionen in die Infrastruktur des Luftverkehrs	2014-2021
Sicherung wohnortnaher Schulen	2013-2021
Sicherung wohnortnaher Kitas	2015-2021
Sicherung wohnortnaher Pflegeeinrichtungen	2015-2021
Verbesserung der Lebenssituation im ländlichen Raum	2014-2021
Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	2013-2021
Sicherstellung des Angebots im öffentlichen Personenverkehr (auch in Randregionen, auch zu Neben- und Schwachverkehrszeiten)	2013-2021

Bereitstellung eines attraktiven und bezahlbaren Angebots an Wohnraum	2013-2021
Sicherstellung eines attraktiven Angebots an soziokulturellen Einrichtungen	2013-2021

Zufriedenheit im Bereich Innovationsumfeld	**Verfügbarer Zeitraum**
Existenz von FuE- / Innovationsnetzwerken	2013-2021
Zugang zu Technologien	2013-2021
Technikfreundlichkeit/positives Innovationsklima	2013-2021

Verbesserungsbedarf im Bereich Innovationsumfeld	**Verfügbarer Zeitraum**
Beratungsangebot verbessern (z.B. Bündelung der Förderberatung an einer Anlaufstelle)	2013-2021
Antragsverfahren erleichtern	2015-2021
Förderungsangebot ausbauen (z.B. höhere Fördersätze, Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen, technologiespezifische Förderungen)	2013-2021
Netzwerke zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützen	2013-2021
Netzwerke zwischen etablierten Unternehmen und Start-ups unterstützen	2016-2021
Finanzielle Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen	2013-2020

Zufriedenheit im Bereich Energie und Rohstoffe	**Verfügbarer Zeitraum**
Sichere Rohstoffversorgung	2013-2021
Sichere Stromversorgung	2013-2021
Höhe der Strompreise	2014-2021

Verbesserungsbedarf im Bereich Stromversorgung und Strompreise	**Verfügbarer Zeitraum**
Beibehaltung konventioneller Kraftwerke als Sicherungsreserve	2013-2021
Anpassung der Rahmenbedingungen, um Kosten der Energiewende zu senken (z.B. durch einen Systemwechsel bei der Förderung erneuerbarer Energien)	2013-2021
Verstärkung und Ausbau der Leitungskapazitäten, also Netzausbau	2013-2021

Entwicklung, Ausbau und Aufbau von Speichern, auch mit Forschungsförderung	2013-2021

Einschätzung der eigenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft	**Verfügbarer Zeitraum**
Fühlen Sie sich vor diesem Hintergrund gut gerüstet, um Ihr Unternehmen bei steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs auch zukünftig erfolgreich zu positionieren?	2014-2021

Zufriedenheit im Bereich Verwaltungshandeln	**Verfügbarer Zeitraum**
Zulassungs- und Genehmigungsverfahren	2013-2021
Unbürokratisches Verhalten öffentlicher Stellen	2013-2021

Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung im Bereich Verwaltungshandeln	**Verfügbarer Zeitraum**
E-Government / E-Administration stärker ausbauen	2013-2021
Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen einschränken, wenn sie dadurch in Konkurrenz zu effizienten privatwirtschaftlichen Angeboten treten	2013-2021
Administrative Einheiten stärker miteinander vernetzen	2013-2021
Einheitliche Ansprechpartner auf kommunaler Ebene einführen	2014-2021

Anhang A2 Methodenbeschreibung Regressionsanalyse

Zur Schätzung des Zusammenhangs zwischen der Bewertung der Standortqualität und der Bewertung der künftigen Wettbewerbsposition mit einzelnen Standortfaktoren und Verbesserungsvorschlägen in Kapitel 5 eignet sich eine ökonometrische Regressionsanalyse. Dabei wird versucht, eine abhängige Variable y durch mehrere erklärende (beziehungsweise unabhängige) Variablen x darzustellen. Das lineare Regressionsmodell hat dabei die folgende Form:

$$y = \beta_1 x_1 + \beta_2 x_2 + \cdots + \beta_n x_n + u$$

In der Regressionsanalyse werden die Koeffizienten β geschätzt, welche die Effekte der erklärenden Variablen x auf die abhängige Variable y darstellen. Als Methode wird dabei üblicherweise die Kleinste-Quadrate-Methode (KQ oder OLS für „Ordinary Least Squares“) verwendet. Mit u werden in diesem Rahmen die normalverteilten Fehler erfasst.

In dem vorliegenden Regressionsmodell ist die Bewertung der regionalen Standortqualität bzw. die Bewertung der künftigen Wettbewerbsposition die abhängige Variable y. Für die erklärenden Variablen x wird zunächst auf die Bewertung bzw. die Verbesserungsvorschläge der übergeordneten Themenfelder zurückgegriffen:

- Humankapital und Arbeitsumfeld
- Innovationsumfeld
- Energie- und Stromversorgung
- allgemeine Infrastruktur
- Verwaltungshandeln

Die Werte der übergeordneten Themenfelder setzen sich dabei als gleichgewichteter Mittelwert der jeweiligen Einzelfaktoren zusammen. In einem zweiten Schritt wurden auch die Einzelfaktoren als erklärende Variablen genutzt. Für die Schätzungen der Einzelfaktoren wurden Einzelregressionen durchgeführt, das heißt, es wurden in jeder Regression nur die Einzelfaktoren eines übergeordneten Themenfelder auf die abhängige Variable regressiert.

Die abgetragenen Tabellen sind folgendermaßen zu interpretieren:

- Der Koeffizient zeigt die Richtung und die Stärke des geschätzten Effekts. Zu beachten ist hierbei das jeweilige Messniveau der betrachteten Variablen. Die Sterne hinter dem Koeffizienten geben das beschriebene Signifikanzniveau an.
- Das R^2 ist ein Bestimmtheitsmaß, welches angibt, wie gut die erklärenden Variablen geeignet sind, die Varianz der abhängigen Variablen zu erklären. Das R^2 weist dabei stets einen Wert zwischen 0 und 1 aus. Je höher das R^2, desto besser eignet sich das verwendete Modell.

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll
Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104
raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw November 2021

Autoren

Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Consult GmbH

Hanno Kempermann
Dr. Hilmar Klink
Lennart Bolwin

0221 4981-758